



Wortprotokoll

der 195. Sitzung vom 5. Juli 1978

Resoconto integrale

della seduta n. 195 del 5 luglio 1978

VII. Legislatur
VII Legislatura
1973 - 1978



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 195. SITZUNG
5.7.1978

INDICE

- Disegno di legge provinciale n. 287/78: "Modifiche ed integrazioni all'art. 11 della legge provinciale 31 agosto 1974, n. 7: refezioni scolastiche". pag. 3
- Disegno di legge provinciale n. 291/78: "Proroga dell'efficacia della classificazione alberghiera 1977/78". pag. 37
- Disegno di legge provinciale n. 262/78/bis: "Istituzione di corsi di preparazione professionale per assistenti geriatrici e familiari". pag. 41
- Disegno di legge provinciale n. 292/78: "Modifica alla legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41: comunità comprensoriali, istituzione degli organi consultori nella materia del turismo e soppressione dell'ente provinciale per il turismo". pag. 47

INHALTSANGABE

- Landesgesetzentwurf Nr. 287/78: "Änderungen und Ergänzungen zum Art. 11 des Landesgesetzes vom 31. August 1974, Nr. 7: Schulausspeisungen". Seite 3
- Landesgesetzentwurf Nr. 291/78: "Verlängerung der Wirksamkeit der gastgewerblichen Einstufung 1977/78". Seite 37
- Landesgesetzentwurf Nr. 262/78/bis: "Einführung von Lehrgängen zur beruflichen Ausbildung der Alten- und Familienhelfer". Seite 41
- Landesgesetzentwurf Nr. 292/78: "Änderung des Landesgesetzes vom 6. September 1976, Nr. 41: Rechtsordnung der Fremdenverkehrsorganisationen, Übertragung von Befugnissen an die Bezirksgemeinschaften, Errichtung der Beratungsorgane für Fremdenverkehr und Auflösung des Landesfremdenverkehrsamtes". Seite 48

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. Prof. DECIO MOLIGNONI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.55 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Prego dare lettura del verbale della 194. seduta.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Nicolodi, Gouthier e Vaja, nonché gli Assessori Benedikter, Dalsass e Pasquali.

Passiamo al punto 16) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 287/78: **Modifiche ed integrazioni all'art. 11 della legge provinciale 31 agosto 1974, n. 7: refezioni scolastiche**".

Punkt 16 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 287/78: **Änderungen und Ergänzungen zum Art. 11 des Landesgesetzes vom 31. August 1974, Nr. 7: Schulausspeisungen**".

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

GEBERT-DEEG (Assessor für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Sehr geehrte Landtagsabgeordnete! Vier Jahre sind nun vergangen, seit dieser Landtag das Landesgesetz vom 31.8.1974, Nr. 7, betreffend "Schulfürsorge - Maßnahmen zur Sicherung auf Recht zur Bildung" genehmigt hat. Der Art. 11 des genannten Gesetzes, welcher den Schulausspeisungsdienst regelt, kam mit 1. Oktober 1975, also mit der Abschaffung der Schulpatronate im Sinne desselben Gesetzes zur konkreten Anwendung.

Die private Durchführung der Ausspeisungsdienste wurde außerdem mit eigener Durchführungsbestimmung, erlassen mit D.P.L.A. vom 3.10.1975, Nr. 48 und geändert mit D.P.L.A. vom 13.5.1976, Nr. 30, geregelt. Die Erfahrung mit der Anwendung der genannten Normen in den ersten drei Jahren hat einerseits gezeigt, daß die Führung der Dienste von Seiten der öffentlichen Körperschaft Vorteile mit sich bringt: eine allgemeine quantitative und qualitative Verbesserung des Dienstes selbst und die Abschaffung einer bestimmten un-

gleichen Behandlung, die vorher im Vergleich zu großen Zentren und Orten der Peripherie bestanden hat.

Auf der anderen Seite hat die private Anwendung dieses Gesetzes eine Reihe von Hindernissen, besonders formeller Natur aufgedeckt, die sich einer schnellen und wirksamen Verwaltungstätigkeit, besonders hinsichtlich der Finanzbeziehungen, zwischen Provinz und Gemeinden entgegenstellten. Um zu verhindern, daß sich diese bürokratischen Unstimmigkeiten negativ auf die Benutzer des Ausspeisungsdienstes auswirken, was sich bisher durch den guten Willen von Seiten der Gemeindeverwaltungen als auch von Seiten der Provinz jedoch vermeiden ließ, wird es trotzdem für zweckmäßig erachtet, einige Änderungen und Ergänzungen zum genannten Artikel 11 vorzunehmen.

In der Folge soll dargelegt werden, welche Situation mit diesem Gesetz geändert oder besser geregelt werden sollen.

A) Sie werden sich noch daran erinnern, daß die Landesverwaltung im letzten Jahr tatsächlich im Zahlensektor in einen Engpaß geraten ist, und zwar in Folge einer einfachen Forderung des Kontrollorgans, daß keine Vorschüsse auf finanzielle Beiträge und Subventionen ausgezahlt werden dürften, falls dies nicht vom Gesetz expliciter vorgesehen ist. Und dies ist auch nicht im Gesetz Nr. 7/74 in geltender Fassung vorgesehen.

Diesem Zustand konnte wenigstens teilweise mit der Bestimmung des Art. 7 des L.G. vom 23.1.1978, Nr. 8 abgeholfen werden. Die Vorgangsweise bei der Gewährung von Vorschüssen in Höhe von 50% des zugewiesenen Beitrages mit der Verpflichtung einer Abrechnung über den gesamten Betrag innerhalb eines bestimmten Termins, ist jedoch für einen Dienst wie jenen der Ausspeisung, der sich auf zwei aufeinanderfolgende Rechnungsjahre erstreckt, durchaus ungeeignet. Es muß außerdem bedacht werden, daß es nicht zweckmäßig ist, die Gemeinden mit ihren finanziellen Schwierigkeiten noch zur Vorstreckung der für die Führung des Dienstes erforderlichen Mittel zu zwingen, zumal dieser Dienst ohnehin große organisatorische Probleme mit sich bringt. Daher erscheint die Gewährung eines einfachen Beitrages pro Mahlzeit ohne Verpflichtung zur gesonderten Rechnungslegung zweckmäßig, da die Gemeinden bereits einer gründlichen Kontrolle und Aufsicht unterliegen.

B) Bei der Festlegung des Beitrages pro Mahlzeit zur Deckung der Kosten erscheint es notwendig auch die Verwaltungskosten die für die Gemeinden durch die Führung des Dienstes entstehen, in irgend einer Weise zu berücksichtigen. Es sollte dafür ein Aufschlag von 4% des errechneten Beitrages dazukommen.

C) Immer unter Berücksichtigung der praktischen Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich die Notwendigkeit, den Gemeinden zwecks Zusammenarbeit außer der Errichtung von Konsortien auch den Abschluß von Konventionen zu ermöglichen. Man bedenke die Situation der Fahrschüler, welche in größere Orte pendeln; erst kürzlich ergaben sich Unstimmigkeiten zwischen den Stadtgemeinden und den jeweiligen Herkunftsgemeinden. Mit dieser flexibleren Zusammenarbeit ist auch eine bessere Lösung vorauszusehen.

D) Außer den genannten Vorschlägen, die letzten Endes die Gemeinden betreffen, enthält dieser Entwurf auch einen Vorschlag der in besonderer Weise die Landesverwaltung betrifft.

Die Tatsache, daß sich seit dem Schuljahr 1974/75, letztes Jahr unter der Führung der Ausspeisungen seitens der Schulpatronate, bis zum Jahr 1977/78 die Gesamtsumme der Landesbeiträge im Jahr für diesen Zweck verfünffacht hat, erklärt sich auch aus einer starken Erhöhung der Anzahl der jährlich verteilten Mahlzeiten und Jausen (von 1.201.960 auf 2.004.477, also um 66%). Da die Schülerbevölkerung sicherlich nicht in diesem Maß zugenommen haben kann, müssen die Gemeinden also großzügige Kriterien für die Zulassung der Schüler zu diesem Ausspeisungsdienst angewandt haben.

In der Tat wurde fast ausschließlich nur das Kriterium der Bedürftigkeit angewandt und jenes der Entfernung von der Schule beispielsweise vernachlässigt. Aus der gegenwärtigen Formulierung des Gesetztextes ist scheinbar die Verpflichtung für die Landesverwaltung abzuleiten, automatisch die notwendigen Mittel zur Deckung des Aufwandes bereitzustellen, dessen Ausmaß vom Ermessen der Gemeinden abhängt.

Dadurch war die Provinz immer wieder gezwungen, Bilanzänderungen vorzunehmen. Nun aber soll die Landesverwaltung in die Lage versetzt werden, die eigenen Mittel mit einer bestimmten Stabilität zu verwalten und sie gleichmäßig zuzuweisen, wenn auch den Gemeinden die Freiheit, über die Zulassungsbedingungen belassen wird. Daraus entsteht also der Vorschlag, daß der Landesausschuß im Sinne einer gerechten Verteilung der bereitgestellten finanziellen Mittel aufgrund eigener Kriterien nur bestimmte Besucherkategorien zur Finanzierung zuläßt. Andererseits werden die Gemeinden ermächtigt auch von den Angehörigen bedürftiger Familien eine bestimmte Beitragsquote einzuheben, sowie von Angehörigen nicht bedürftiger Familien einen Beitrag in Höhe der Kosten zu verlangen. Es handelt sich dabei um eine Vorgangsweise, die von vielen Gemeinden angesichts der vagen Bestimmung des Gesetzes schon seit Übernahme der Führung der Ausspeisungen angewandt haben.

L) Ein weiteres Problem das zu lösen ist, stellt die Verwendung jener Überschüsse dar, die sich im Laufe der letzten Schuljahre zu Gunsten der Gemeinden aus der Differenz zwischen den von der Provinz zugewiesenen Beiträgen und den wirklichen Kosten ergeben haben.

Da der Landesbeitrag einheitlich für alle Gemeinden festgesetzt worden ist, haben sich in einzelnen Fällen (z.B. bei Übertragung des Ausspeisungsdienstes an Dritte) für einzelne Gemeinden günstige Bedingungen und somit Einsparungen ergeben.

Aufgrund der geltenden Bestimmung wären die betreffenden Gemeinden zur Rückerstattung dieser Überschüsse verpflichtet.

Es erscheint jedoch zweckmäßiger, diese Gemeinden zur Verwendung der betreffenden Mittel für bestimmte Zwecke zu ermächtigen. Diese Maßnahme käme also hauptsächlich jenen Gemeinden zugute, die die zugewiesenen Gelder mit Vorsicht verwaltet haben. Sie zur Rückzahlung zu verpflichten, wäre erstens psychologisch falsch, zweitens verwaltungsmäßig unzweckmäßig.

Zu den einzelnen Absätzen des Art. 1 des Gesetzentwurfes:

1. Absatz: Es wird unterstrichen, daß die Gemeinden die Möglichkeit zum Abschluß gegenseitiger Vereinbarungen haben. Außerdem wird hervorgehoben, daß die Provinz im Rahmen der verfügbaren Mittel interveniert.

2. Absatz: Es wird hervorgehoben, daß die Auspeisung für Angehörige bedürftiger Familien nur im Rahmen der verfügbaren Mittel kostenlos ist.

Es ist außerdem vorgesehen, daß zur Gewährleistung einer gleichmäßigen Verteilung der bereitgestellten finanziellen Mittel der Landesausschuß aufgrund eigener Kriterien nur bestimmte Besucherkategorien zur Finanzierung zulassen kann. Die Gemeinden werden ausdrücklich ermächtigt von den Schülern bedürftiger Familien einen Teil der Kosten und von den nicht bedürftigen die gesamten Kosten abzuverlangen.

3. Absatz: Es wird hier die Grundeinheit für die Finanzierung des Landes festgelegt: ein allumfassender Beitrag pro Mahlzeit, die an jene Schüler zu verteilen gelangt, welche zur Auspeisung und auch zur Finanzierung zugelassen sind.

4. Absatz: Er betrifft die Vorgangsweise für die vorläufige Festsetzung des gesamten Jahresbeitrages.

5. Absatz: Er betrifft die einzelnen Phasen der Auszahlung des zugewiesenen Beitrages.

Der Landesausschuß wird ermächtigt, bei der Auszahlung der Zweiten Rate von der Genehmigung des Jahresplanes für die im Art. 2 des L.G. Nr. 7/74 vorgesehenen Fürsorgeformen abzusehen. Wollte man nämlich die Genehmigung dieses Jahresplanes abwarten, die häufig erst gegen Ende der provisorischen Haushaltsperiode erfolgt, müßte man mit einer beachtlichen Verspätung in der Auszahlung rechnen. Es ist außerdem vorgesehen, daß der Gesamtbeitrag anhand der wirklichen Schülerfrequenz neu berechnet wird. Die bedeutendste Neuregelung in diesem Absatz betrifft den Finanzierungsvorgang in Abweichung von den hierfür geltenden Bestimmungen. Es wird nämlich sowohl von dem Höchstausmaß für die Bemessung der Vorschüsse als auch von der Verpflichtung zur Abrechnung abgesehen.

6. Absatz: Mit dem Aufschlag von 4% auf die Zuweisungen soll auch zur Deckung der Verwaltungskosten, die sich mit der Durchführung des Dienstes für die Gemeinden ergeben, beigetragen werden.

7. Absatz: Er sieht die Möglichkeit vor bereits im Sommer einen Vorschuß flüssig zu machen, um bei den Gemeinden finanzielle Schwierigkeiten zu Beginn des neuen Schuljahres zu vermeiden.

Man bedenke, daß die Personalausgaben nicht bis zur Flüssigmachung der ersten, im 5. Absatz vorgesehenen, Zahlungsrate aufgeschoben werden können und man bedenke auch die zusätzlichen Kosten einer allfälligen Verschuldung.

8.9.10. Absatz: Die betreffenden Bestimmungen bleiben in der geltenden Fassung unverändert.

11. Absatz: Im Vergleich zur bisherigen Gesetzesbestimmung wird nun eine Durchführungsverordnung hinsichtlich der Zulassung der Schüler zur Finanzierung vorgesehen.

Der Art. 2 bestimmt die Verwendung der Überschüsse aus den Schuljahren 1975/78 und 1976/77.

Die Gemeinden können die betreffenden Beträge zurückbehalten, werden aber verpflichtet, sie für Zwecke der Schulfürsorge zu verwenden.

Die Vorgangsweise ist genau vorgeschrieben da es sich um eine Sanierungsmaßnahme handelt und eine Ausnahme zu der allgemeinen Bestimmung der Buchhaltung darstellt.

Pregiatissimi signori Consiglieri provinciali, quattro anni sono trascorsi da quando questo Consiglio approvò la legge provinciale 31.8.1974, n. 7, concernente "Assistenza scolastica. Provvidenze per assicurare il diritto allo studio". L'art. 11 di detta legge, che disciplinava i servizi di refezione scolastica, trovò peraltro concreta applicazione solo a partire dall'1 ottobre 1975, con la soppressione dei patronati scolastici ai sensi della medesima legge. La pratica esecuzione dei servizi venne inoltre disciplinata da apposito regolamento di esecuzione emanato con D.P.G.P. 3.10.1975, n. 48 e modificato con D.P.G.P. 13.5.1976, n. 30.

L'esperienza derivante dai primi tre anni di amministrazione delle norme citate ha mostrato da un lato i vantaggi della conduzione pubblica del servizio: un generale miglioramento quantitativo e qualitativo del servizio stesso e l'abolizione di una certa disparità di trattamento precedentemente instauratasi fra i grossi centri e le località periferiche. Tutto ciò ha dimostrato altresì la piena validità sostanziale di questa forma di assistenza scolastica.

D'altro lato la pratica attuazione della normativa ha posto in luce una serie di ostacoli, più che altro a carattere formale, che si oppongono ad un rapido ed efficace svolgersi dell'attività amministrativa, soprattutto per quanto concerne i rapporti finanziari fra la Provincia ed i Comuni organizzatori del servizio. Ai fini di evitare che tali attriti di carattere burocratico si riflettano negativamente sugli utenti del servizio, cosa che finora è stata evitata dalla buona volontà tanto delle Amministrazioni comunali che di quella provinciale, si ritiene opportuno ora procedere ad alcune modifiche ed integrazioni del citato art. 11.

Passiamo senz'altro a chiarire quali situazioni il presente disegno di legge si propone di modificare o disciplinare meglio.

A) Le SS.LL. certamente ricorderanno come lo scorso anno l'attività amministrativa della Provincia, soprattutto nel settore assistenziale, subì quasi una paralisi in conseguenza della semplice pretesa, da parte dell'Organo di Controllo, che non fossero concessi anticipi ai beneficiari di contributi e sovvenzioni se non laddove espressamente previsto dalla legge. Questo non è purtroppo il caso della legge provinciale n. 7/74 nella sua attuale stesura.

A tale situazione si poté ovviare, almeno parzialmente, con il disposto di cui all'art. 7 della L.P. 23.1.1978, n. 8. Ma il meccanismo della concessione di anticipi fino al 50% del contributo concesso, con obbligo di rendicontare l'intera somma entro un termine preciso, male si attaglia ad un servizio che, come quello di refezione, si svolge a cavallo tra due anni finanziari consecutivi. Si tenga inoltre presente l'inopportunità di costrin-

gere i Comuni, con le loro difficoltà finanziarie, ad anticipare direttamente le somme necessarie per la gestione di un servizio che comporta, già di per sé, problemi organizzativi non indifferenti. Di qui l'opportunità di prevedere la concessione di un semplice contributo per pasto a prescindere da ogni obbligo di rendicontazione da parte di enti che sono già soggetti a rigorosi controlli in sede di tutela.

B) Fissando un contributo per pasto a copertura delle spese di gestione si ritiene inoltre opportuno di tener conto in qualche modo separatamente degli oneri amministrativi che derivano ai Comuni per la gestione del servizio, concedendo loro un supplemento nella misura del 4% del contributo interamente spettante.

C) Sempre dalla pratica attuazione delle disposizioni legislative è emersa la necessità di prevedere che i Comuni possano regolare i reciproci rapporti oltre che costituendo consorzi, anche tramite semplici convenzioni. Si tenga presente il problema degli studenti pendolari che si riversano nei centri più grossi, per cui recentemente è sorto un certo attrito fra questi centri ed i Comuni di provenienza. E' prevedibile che una onorevole soluzione del problema possa ottenersi con questa forma di rapporto più elastica.

D) Accanto a questa serie di proposte tendenti a tutelare in ultima analisi soprattutto i Comuni, ve n'è una che interessa particolarmente l'Amministrazione provinciale.

Se dall'anno scolastico 1974/75, ultimo della gestione delle mense da parte dei patronati scolastici, all'anno 1977/78 l'ammontare dei contributi provinciali per le refezioni si è quintuplicato, ciò è dovuto anche ad un grosso aumento dei pasti completi, e ridotti distribuiti (da 1.201.960 a 2.004.477, cioè più del 66%). Poichè non è pensabile che la popolazione scolastica sia aumentata di tanto, vuol dire che i Comuni non sono stati molto rigorosi nello stabilire le condizioni di ammissione degli alunni.

Si è cioè applicato quasi esclusivamente il criterio delle condizioni economiche familiari, trascurando ad esempio quello della distanza dalla scuola. Dall'attuale formulazione del testo di legge sembrerebbe derivare quasi l'obbligo automatico per l'Amministrazione provinciale di fornire i fondi necessari a coprire un fabbisogno il cui ammontare dipenderebbe dalla discrezionalità dei Comuni. Ciò ha costretto la Provincia a ricorrere spesso a variazioni di bilancio. Ora, pur lasciando ai Comuni la facoltà di decidere in merito alle condizioni di ammissione, l'Amministrazione provinciale dev'essere in grado di gestire i propri fondi di bilancio con una certa stabilità e di assegnarli con equità. Di qui la proposta che, ai fini di un'equa distribuzione dei propri mezzi finanziari messi a disposizione, la Giunta provinciale possa, in base a propri criteri, ammettere al finanziamento solo determinate categorie di frequentanti. D'altronde i Comuni vengono autorizzati ad esigere il pagamento di una certa quota anche da parte delle famiglie degli alunni bisognosi, nonchè dell'intero costo del pasto dai non bisognosi. Si tratta di una prassi che molti Comuni hanno adottato, nell'indeterminatezza della legge, fin dall'inizio della loro gestione.

E) Un problema da risolvere a parte è quello della destinazione delle eccedenze determinatesi negli scorsi anni scolastici a favore di qualche Comune quale differenza tra i contributi per pasto concessi dalla Provincia e le spese effettivamente sostenute.

Essendo il contributo provinciale fissato mediamente per tutti i Comuni, naturalmente in qualche caso si sono instaurate delle condizioni (ad esempio nel caso di affidamento a terzi) che si sono dimostrate favorevoli al Comune permettendogli addirittura un risparmio.

La logica delle norme vigenti vorrebbe che si costringessero questi Comuni più fortunati a restituire dette eccedenze. Si ritiene invece più opportuno di autorizzarli, pur con certe condizioni, a trattenere quelle somme.

Così facendo si premieranno in gran parte Comuni che hanno accortamente amministrato i propri fondi. Accollare loro gli oneri finanziari e burocratici di una restituzione sarebbe errato dal punto di vista psicologico e non opportuno dal punto di vista amministrativo.

Passiamo quindi all'esame dettagliato dei singoli commi dell'art. 1 del disegno di legge:

1. Comma: Si pone l'accento sul fatto che i Comuni possono anche convenzionarsi fra loro. Inoltre viene sottolineato che la Provincia interviene nei limiti dei fondi disponibili.

2. Comma: Si sottolinea che la gratuità del servizio a favore degli alunni appartenenti a famiglie in condizioni economiche disagiate è limitata dalla disponibilità dei fondi.

Si prevede che, ai fini di un'equa distribuzione dei propri mezzi finanziari messi a disposizione la Giunta provinciale può, in base a propri criteri, ammettere al finanziamento solo determinate categorie di frequentanti.

I Comuni vengono esplicitamente autorizzati ad esigere il pagamento parziale rispettivamente totale del pasto dagli alunni bisognosi rispettivamente non bisognosi.

3. Comma: Si stabilisce l'unità base del finanziamento provinciale: un contributo onnicomprensivo per pasto somministrato agli alunni bisognosi ammessi al servizio ed al finanziamento.

4. Comma: Chiarisce il procedimento per la definizione provvisoria del contributo annuo globale.

5. Comma: Riguarda le fasi della liquidazione in più soluzioni del contributo assegnato.

La Giunta provinciale è autorizzata a procedere alla liquidazione della seconda soluzione prescindendo dall'approvazione del piano annuale dei servizi di cui all'art. 2 della L.P. n. 7/74. L'attesa di tale approvazione, che avviene spesso ai limiti temporali dell'esercizio provvisorio, rischierebbe di provocare notevoli ritardi nel finanziamento.

E' previsto inoltre che il contributo globale possa essere ritoccato sulla base dei dati relativi all'effettivo finanziamento del servizio.

La maggiore innovazione introdotta dal presente comma, che è anche il motivo della sua esposizione così dettagliata, è la necessità di prevedere una procedura di finanziamento la quale, in deroga alle vigenti disposizioni in materia, non prevede limite alcuno alla concessione di anticipi, nè obbligo di rendicontazione.

6. Comma: Prevedendo un supplemento pari al 4% delle somme assegnate ai Comuni si intende contribuire ai costi amministrativi che l'esercizio del servizio per essi comporta.

7. Comma: Prevede la possibilità di concedere anticipi già nel corso dell'estate, in modo da evitare ai Comuni che abitualmente gestiscono il servizio, difficoltà di vario genere all'inizio del successivo anno scolastico.

Si consideri che le spese del personale non possono essere facilmente rimandate fino alla liquidazione della prima soluzione di cui al precedente comma 5 e si valuti l'eventuale costo di un indebitamento con i tassi d'interesse attuali.

8.9.10. Comma: Rimangono invariati rispetto alla formulazione precedente.

11. Comma: In aggiunta alla formulazione precedente prevede una regolamentazione dell'ammissione degli alunni al finanziamento.

L'art. 2 dispone in merito alle somme determinatesi in eccedenza a favore degli enti gestori negli anni scolastici 1975/76 e 1976/77.

I Comuni potranno trattanere dette somme, con l'onere di destinarle a scopi di assistenza scolastica.

La procedura è definita dettagliatamente, in quanto la norma ha il carattere di una sanatoria operante in deroga alle vigenti disposizioni in materia di contabilità.

PRESIDENTE: La parola al Vicepresidente della prima Commissione legislativa, avv. Bertorelle, per la lettura della relazione.

BERTORELLE (DC): La prima Commissione legislativa si è riunita il 28 giugno 1978 per esaminare il disegno di legge in oggetto.

Sono intervenuti alla seduta l'Assessore competente, signora Waltraud Gebert-deeg, e il funzionario dell'assessorato, dottor Paolo Spolaore, che hanno illustrato spirito e finalità del provvedimento e risposto alle domande dei commissari.

All'art. 2 la Commissione ha proposto di stralciare nell'ultima frase del primo comma le parole "in parti eguali" e nell'ultima frase del terzo comma la parola "immediata". Le due modifiche sono state approvate all'unanimità, mentre i singoli articoli e il disegno di legge nel suo complesso sono stati approvati a maggioranza con un voto contrario e un'astensione.

Die erste Gesetzgebungskommission des Südtiroler Landtages ist am 28. Juni 1978 zusammengetreten, um obgenannten Gesetzentwurf zu beraten.

Zur Sitzung erschienen der zuständige Landesrat Frau Waltraud Gebert-Deeg und ein Funktionär des Assessorates, Dr. Paolo Spolaore, die denn Sinn

und Zweck des Gesetzentwurfes erläuterten und die aufgeworfenen Fragen beantworteten.

Zu Art. 2 brachte die Kommission folgenden Änderungsantrag ein: 1. Absatz, letzter Satz werden die Worte "in gleichen Teilen" gestrichen, während im 3. Absatz ebenfalls im letzten Satz das Wort "unverzüglich" gestrichen wird. Die Abänderungen wurden mit Stimmeneinhelligkeit angenommen, während die einzelnen Artikel und der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen wurden.

PRESIDENTE: Dichiaro aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? La parola al consigliere Jenny.

JENNY (SFP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Vertreter der Sozialen Fortschrittspartei habe ich mich gegen diesen Gesetzesentwurf ausgesprochen und ich habe dies auch sehr ausführlich begründet. Was habe ich besonders hervorgehoben und kritisch beleuchtet? Ich habe gesagt, daß die Landesregierung hier vor ein Problem gestellt worden ist, das sie schon bei der Verabschiedung des grundlegenden Gesetzes hätte erkennen müssen. Denn einerseits hat sie die gesamte Regelung der Schulausspeisung geändert, hat aber dabei nicht bedacht, daß dieser Dualismus - einerseits Wegnahme von Kompetenzen der Gemeinden, andererseits Geldzuschüsse seitens des Landes - zu Störungen führen muß. In diesem Bericht wird klar ausgeführt, was da passiert ist. Die Gemeinden haben eine großzügige Handhabung der Gelder für die Schulausspeisung zugelassen, da ja ohnehin das Land zahlt. Die Landesregierung hat zurecht bemerkt, daß sich die Auslagen vervielfacht haben. Und ich gebe Ihnen recht, daß man diese Angelegenheit steuern muß.

Ich bin aber absolut dagegen, daß man diesen Dualismus neuerlich aufrecht erhält. Denn einerseits behält es sich das Land vor, Richtlinien für die Zulassung zu geben, andererseits versucht man wieder, die Gemeinden mit der Durchführung zu betrauen. Und bei uns ist es schon immer fehlgeschlagen, wenn man die Gemeinden als Erfüllungsgehilfen ansieht, als ausführende Organe, wobei man ihnen aber keine Verantwortung überläßt. Die Gemeinden reagieren natürlich dann, indem sie sich nicht weiter den Kopf zerbrechen und die Dinge laufen lassen. Wenn also auch 100 Kinder mehr die Schulausspeisung benutzen, ihre Sorge ist es nicht und das Land soll nur die Mittel dafür geben. In dieser Fehleinschätzung liegt die gesamte Katastrophe, aber dieses Gesetz hat dies nicht berücksichtigt.

Es hat sogar neue Komplikationen hereingebracht. Man hat zurecht vorgebracht, daß die Gemeinden zuwenig die Entfernungen berücksichtigen. Man sollte daher jetzt schon diese Tatsache in den Vordergrund stellen und nicht wieder jenen berühmten Grundsatz der Bedürftigkeit. Wir alle hier wissen, auch Dr. Durnwalder, wieviele Bauern als bedürftig aufscheinen. Alles, was über 700 m Höhe ist, gilt als Notstandsgebiet. Sie zahlen keine Versicherungsbeiträge usw., das ist ja gut, aber irgendjemand muß

es ja doch bezahlen - wir Bürger müssen es zahlen. In den meisten Gemeinden ist das ein Witz, wer das als bedürftig eingetragen ist.

Man kennt doch die Leute in den Dörfern, da weiß man, daß jemand eine große Urlaubsreise um die halbe Welt gemacht hat und dann bringt der Sohn ein Zeugnis über die Bedürftigkeit der Eltern.

Das heißt, daß sie nicht einmal 3 oder 4 Millionen im Jahr einnehmen. Das gilt nicht nur für die Bauern, aber diese werden eben nicht erfaßt, das ist das Staatsgesetz. Sehen Sie sich einmal in Algund um, da stehen Häuser, die mindestens eine Milliarde wert sind, aber fragen Sie einmal, wieviel der Besitzer an Steuern zahlt. Das ist lächerlich! Ich kenne diese Verhältnisse aus direkter Einsichtnahme, das ist nicht erfunden.

Die Landesregierung erklärt nun, daß sie die staatlichen Grundsätze nicht ändern kann - damit bin ich einverstanden. Aber dann darf sie uns nicht erzählen, daß die Bedürftigkeit für sie als Maßstab gilt, das ist Unsinn. Dazu möchte ich auch sagen, daß die echte Bedürftigkeit heute Gott-sei-Dank relativ selten geworden ist, dieser Maßstab trifft also immer nur auf ganz wenige Familien zu.

Es wird in diesem neuen Gesetz aber nun alles nach dem alten Schema durcheinander gemischt. Die Gemeinden werden nicht verantwortlich gemacht, sie werden wieder als Erfüllungsgehilfen behandelt: Der Landesausschuß kann auch nur bestimmte Kategorien zulassen und dann werden die Gemeinden ermächtigt, eine gewisse Rückzahlung auch von den sogenannten bedürftigen Familien zu verlangen. Ich muß sagen, daß Euch die Gemeinden wahrscheinlich das Kreuz abfluchen werden, wie man so sagt; als Arzt hört man immer wieder die Meinung der Leute und sie sagen, daß sie seit der Neuordnung gar nichts mehr machen wollen, denn sie haben keine Verantwortung, nur Scherereien und warten auf die Grundsätze, die der Landesausschuß für das ganze Land ausarbeiten will; das machen die Leute eben ungern. Sie werden sehen, daß in den letzten Jahren seit Inkrafttreten dieses Gesetzes viele Lehrer und andere Personen, die bereitwillig für diese Ausspeisung gearbeitet haben, jetzt nicht mehr mitmachen.

Ich habe deshalb bereits in der Kommission gesagt, daß der Landesausschuß schon vor Verabschiedung dieses Gesetzes aufgrund der draußen gemachten Erfahrungen das Land in drei Kategorien einteilen sollte: zunächst die Berggebiete, denn ich sehe ein, daß in großen Gemeinden wie das Sarntal z.B. mit vielen Fraktionen, Kinder aus abgelegenen Gebieten eine Schulausspeisung bekommen müssen.

Dann gibt es die ländlichen Zonen in den Tälern, für die man einige eigene Regelung hätte treffen können und dann wären noch die Städte als dritte Zone geblieben. So habe ich es mir vorgestellt und man hätte bei einer geordneten Verwaltung aufgrund ihrer Schülerzahlen, die ja vorliegen, und der geographischen Lage der Gemeinden ihren Spielraum umschreiben können.

Ich bin sehr enttäuscht, daß man dies vermieden hat und wieder so eine vage Formulierung gewählt hat, die niemanden befriedigen kann.

Ich sehe, wenn man nicht diese Verantwortlichkeit der Zuständigen für diese Schulausspeisung festlegt, wird man immer wieder das berühmte Mißverhalten der italienischen Verwaltungsmaßstäbe bei uns erleben. Denn man wird einfach im nächsten Jahr noch mehr verlangen, weil man heuer soundso viel gebräuchelt hat, völlig unabhängig davon, was die wirkliche Notwendigkeit ist. Es gibt bei uns auch eine deutliche Verringerung der Schülerzahlen, aber das macht nichts, bei uns wird festgelegt, daß die Beträge automatisch gesteigert werden. Es wird also die Verwaltung einfach von oben her propagiert und unsere Landesregierung verhält sich dabei nicht anders als der Staat oder andere Regionen Italiens. Man hätte hier von diesem Prinzip abgehen müssen und den Gemeinden die Verantwortung übertragen müssen.

Aber im Augenblick, indem man ihnen die Verantwortung übergibt, muß man ihnen auch Kompetenzen übergeben und nicht sagen, daß das Land weiter die Richtlinien geben wird. Denn man kann nicht Richtlinien erlassen, die gleichzeitig in Mailand wie in Bozen gelten sollen, das ist ein Unsinn. Es muß differenziert werden, es gibt ja schon jetzt große Diskussionen, wer auf diese Schulausspeisungen ein Recht hat. Die Tatsache, daß die finanzielle Decke nicht mehr ausreicht, kann durch diese Maßnahmen sicher nicht geändert werden, indem man die Gemeinden beauftragt, von den Minderbemittelten Gelder einzuheben. Die Gemeinden werden einen Riesenzorn auf das Land bekommen, denn ein Bürgermeister soll also jetzt organisieren, daß die Minderbemittelten in seiner Gemeinde zahlen müssen. Es wird Auseinandersetzungen geben, denn der Bürgermeister kann und muß diese Maßnahmen ja nicht einmal aus eigener Initiative und Kraft tun, sondern als Erfüllungsgehilfe der Landesregierung.

Ich kritisiere dies nicht der Kritik willen, ich finde, daß die finanzielle Belastung dadurch nicht besser wird.

Ich wiederhole noch einmal, die Landesregierung gibt zugleich mit dem Gesetz klare Richtlinien, die sich nicht auf die Bedürftigkeit beziehen, sondern auf die geografische Lage usw., aber die Gemeinden weiter als Beauftragte zu behandeln, sie mit allen technischen Problemen allein zu lassen, das geht nicht. Denn es ärgert die Leute am meisten, wenn man immer neue Formulare ausfüllen muß, wir haben ohnehin schon viel zu viele.

Ich möchte nicht wissen, wieviele Formulare hier herumliegen, die gar nicht verwendet werden. Darin liegt die Tragik, daß man hier die Verwaltungsmaschinerie erschwert - denn die Ausspeisung ist sicherlich notwendig, darüber braucht man gar nicht zu sprechen -, also nichts verbessert und keine Einsparung oder sinnvollere Verwendung der Mittel vorsieht. Deshalb habe ich gesagt, daß ich für die Schulausspeisung bin, daß dies geregelt wird. Aber ich kenne persönlich Lehrer, die alles hingeworfen haben und die mir gesagt haben, daß sich die Angelegenheit seit Inkrafttreten des Gesetzes so verkompliziert hat, daß sie jedes Interesse daran verloren haben, diese Dinge zu tun, die sie früher praktisch uneigennützig und ohne Bezahlung gerne organisiert haben.

Deshalb wiederhole ich, daß dieses Gesetz von der Zielsetzung her ein schlechtes Gesetz ist. Es löst keine Probleme in den Sachfragen und ich habe es auch klar begründet, warum ich mich nicht der Stimme enthalte, sondern das Gesetz ablehne.

STECHER (KPI): Geehrter Herr Präsident, geehrte Kollegen! In den wesentlichsten Punkten stimme ich mit meinen Ansichten mit Kollegen Jenny überein. Auch wir sind der Anschauung, daß die Gemeinden nicht nur zu Gehilfen gestempelt werden sollten. Wir waren schon nach der Auflösung der Schulpatronate der Ansicht, daß die Kompetenz den Gemeinden übertragen werden sollte, allerdings nur denjenigen, die auch eine finanzielle Unterstützung vom Land zugesichert bekommen. Was den Punkt 2) betrifft, sind wir der Ansicht, daß dies nur sehr mangelhaft behandelt worden ist. Denn der Landesausschuß behält sich eine Reihe von Kriterien vor, wie die Frage der Grundzulassungen usw.

Zu den Ausführungen des Kollegen Jenny möchte ich noch von einem anderen Umstand sprechen, der nicht aufgegriffen worden ist. Man hat bisher nicht dem Umstand Rechnung getragen, daß es Gemeinden gibt, in denen Schüler von auswärts die Schule besuchen und dort die Ausspeisung bekommen. Man hat nun einige Zusicherungen diesbezüglich gemacht, aber es ist nichts Konkretes festgelegt worden. Man kann es nicht den Gemeinden überlassen - sei es Bozen, Schlanders oder andere -, daß diese sich bemühen, diese Frage mit den anderen Gemeinden zu regeln, auch wenn sie vom Land Beiträge dafür erhalten. Auf diesem Gebiet ist der Gesetzentwurf mehr als mangelhaft. Man müßte also festlegen, wer sich dafür zu interessieren hat.

Dies sind einige Bemerkungen, die uns veranlassen, uns zu diesem Gesetzentwurf der Stimme zu enthalten.

ERSCHBAUMER (SPS): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein Gesetz nach 4 Jahren novelliert wird, dann hat man in diesem Zeitraum Erfahrungen gesammelt und hat festgestellt, welche Mängel das Gesetz aufweist. Dabei kann es zutreffen, daß gerade Mängel festgestellt werden, auf die die Oppositionsvertreter bereits bei der ersten Vorlage hingewiesen haben. Es kann aber auch sein, daß bereits damals geäußerte Befürchtungen auch jetzt keine Berücksichtigung finden.

Wenn wir diesen Gesetzentwurf unter die Lupe nehmen, müssen wir feststellen, daß es zu großen Widersprüchen kommt. Einerseits haben sich Gemeinden mit dieser Finanzierung Überschüsse erwirtschaftet, andererseits sollen jetzt auch die Minderbemittelten zur Kasse gebeten werden.

Ich finde, das ist ein solcher Widerspruch in diesem Gesetz, daß es nicht schlimmer gehen kann.

Man sieht daran, daß mit diesem Gesetzentwurf in Wirklichkeit ein Rückschritt gemacht wird. Nach 4 Jahren Praxis formuliert man einen Rückschritt, und dies ist so ein Flickwerk, da man einerseits teilweise den

Gemeinden entgegenkommt, andererseits aber gewisse Landeskompetenzen nicht abgeben will.

Ich finde, hier braucht es eine grundsätzliche Erneuerung und Änderung. Dies muß davon ausgehen, daß man Kompetenzen vom Land an die Bezirksgemeinschaften abgibt, wenn diese einmal rechtliche Funktion haben, an die Gemeinden. Man kann nicht diese Zwitter-Funktion der Gemeinden aufrecht erhalten, sie nur zu delegieren und zusehen, daß sie einerseits Gelder anhäufen können und andererseits auf Kosten des Landes alle zulassen können.

Wir wissen, daß besonders im letzten Jahr in Gemeinden mit großem Zuzug von Pendlern, diese nicht mehr zur Ausspeisung zugelassen wurden. Es ist also möglich, daß Schüler diskriminiert werden, denn weil sie nicht mehr in ihrer eigenen Gemeinde die Schule besuchten, sondern in eine andere Gemeinde zum Schulbesuch fahren müssen, werden sie dort nicht zugelassen.

Es fehlt einfach an Koordination, sowohl von Seiten der Bezirksgemeinschaften als auch von Seiten des Landes, denn das darf einfach nicht passieren.

Es wäre mir übrigens lieber gewesen, wenn anstelle der 11 Absätze des Artikel 1) mehrere Artikel formuliert worden wären, oder daß zumindest Absatz für Absatz abgestimmt werden kann, denn ich kann z.B. niemals mit dem Absatz 2 einverstanden sein. Ich muß also dagegen stimmen und ich muß gegen den gesamten Artikel stimmen, wenn nicht absatzweise abgestimmt werden kann. Denn es ist unverständlich, daß die Mehrheit und dabei besonders die Volkspartei diese Maßnahmen gegen die Minderbemittelten zuläßt, umso mehr, wenn man wie Sie, Frau Assessor Gebert, im ganzen Land herumzieht und vom Einsatz für die Minderbemittelten predigt. Hier geschieht gerade das Gegenteil und wenn Sie Ihr Gesicht nicht verlieren wollten, dann müssen Sie diesen 2. Absatz ändern oder abschaffen. Wir dürfen niemals zulassen, daß bedürftige Familien, die Sie als Bedürftige anerkennen, zur Kasse gebeten werden. Wenn man erst einmal analysiert, was der Schulbesuch für die Gesellschaft und das Individuum bedeutet, dann darf man diese Diskriminierung der Minderbemittelten einfach nicht zulassen. Sie haben jetzt und hier noch die Chance, das zu streichen oder zumindest zu ändern. Zumindest möchte ich dies empfehlen, denn sonst kann ich nur gegen Sie stimmen. Wenn Sie sich in der Öffentlichkeit weiterhin einsetzen, muß ich Sie als Lügnerin bezeichnen, wenn Sie hier mit Gesetz solche Maßnahmen vorsehen.

SFONDRINI (PSI): Signor Presidente, signori consiglieri, il disegno di legge che abbiamo in discussione questa mattina ha due obiettivi da raggiungere: il primo è quello di sgomberare il campo a pratiche di carattere burocratico, che hanno messo in difficoltà i comuni negli anni scorsi e sono le pratiche riguardanti il contributo della Giunta provinciale ai comuni per la gestione delle refezioni scolastiche. Sotto questo aspetto crediamo che la legge sia opportuna, perchè bisogna eliminare le

difficoltà che si sono presentate, soprattutto quest'anno, nei confronti dei comuni per quanto riguarda il contributo della Provincia. Un altro aspetto che riguarda l'articolo 2, è quello di sanare le situazioni precedenti attraverso un articolo che consenta ai comuni di trattenere certe somme e di usufruire delle stesse. Normalmente queste cifre eccedenti, avrebbero dovuto essere restituite alla Giunta provinciale.

C'è però anche una considerazione da fare, come ho già detto in sede di Commissione, che mi lascia molto perplesso; nella relazione si dice che essendo il contributo provinciale fissato mediamente per tutti i comuni, naturalmente in qualche caso si sono instaurate delle condizioni favorevoli ai comuni permettendogli un risparmio.

La logica delle norme vigenti vorrebbe che si costringessero questi comuni più fortunati a restituire dette eccedenze. Allora o in questi casi il comune ha risparmiato a favore degli utenti, perchè non mi risulta che le refezioni scolastiche siano un esempio di trattamento da sottolineare per la qualità dei pasti che vengono somministrati e se certi comuni hanno addirittura risparmiato sui pasti, vuol dire che quanto meno questo modo di gestire le mense è andato a scapito di chi le frequentava. Anche in Commissione ho fatto presente che c'è modo e modo di fornire i pasti ai bambini, ma ho saputo che in certe località si forniva un piatto di minestra con una fettina di formaggio e insalata di patate. E' chiaro che se si fanno mense di questo genere si spende poco o niente e quindi non accetto che nella relazione ci sia scritto che i comuni che hanno risparmiato sono meritevoli, e per questo si premiano.

Infatti, visto che i fondi sono pochi, non so quali risultati abbiano conseguito facendo questo tipo di gestione. Questa è comunque una considerazione che riguarda la relazione e che riguarda l'art. 2, che vuole sanare i rapporti tra l'amministrazione provinciale e quelle comunali.

L'art. 1, come hanno sottolineato i miei colleghi, è veramente un esempio di contraddizione. Voglio rileggere l'art. 1, per vedere se riesco a capire qualche cosa e sono curioso di vedere come i comuni dovranno comportarsi per gestire questo servizio. Perchè quando si dice che nei limiti dei fondi obbligatoriamente destinati dai comuni all'assistenza ecc., vuol dire che i comuni obbligatoriamente devono destinare dei fondi all'assistenza. Per inciso abbiamo osservato che ancora ci si riferisce alla legge nazionale, che prevede l'inserimento in un apposito capitolo dei bilanci dei comuni di una cifra capitaria, cioè 50 lire pro-capite per la popolazione residente.

Questa cifra è ancora riferita ad una decina di anni fa. Quindi, nei bilanci della provincia di Bolzano si costringono i comuni ad inserire nei loro bilanci cifre di questo genere, previste da leggi nazionali. Secondo noi, visto che la Provincia ha competenza primaria in materia, dovrebbe intervenire per costringere i comuni, visto che la legge li obbliga a inserire nei propri bilanci cifre per questo servizio, a rivedere un po' le cose.

Non si possono lasciare come sono, perchè è inammissibile. L'art. 1, dice anche che il servizio è gratuito per gli alunni appartenenti a famiglie in condizioni economiche disagiate. Si va avanti e si dice che al fine di un'equa distribuzione dei propri mezzi finanziari messi a disposizione la Giunta provinciale può, in base ai propri criteri, ammettere al finanziamento solo determinate categorie di frequentanti. E poi si conclude dicendo che i comuni sono autorizzati ad esigere dai genitori degli alunni bisognosi ammessi al servizio, il pagamento per eventuali differenze tra il costo effettivo di ogni pasto ed il contributo provinciale e questo comma è in netto contrasto con il comma di quest'articolo, che regola la materia.

Quindi, noi non possiamo essere favorevoli a questo provvedimento. Potremo esserlo per l'aspetto che riguarda lo snellimento burocratico, l'anticipo ai comuni del contributo della provincia. Per quanto riguarda la sanatoria abbiamo dei forti dubbi, perchè in questo modo si premiano i comuni, che hanno risparmiato. E qui c'è poco da risparmiare, perchè non credo si guazzi nell'oro e non mi risulta che le mense delle refezioni scolastiche siano opulenti e si parta dall'anticipato per arrivare al dessert o alla frutta.

CONSIGLIERE: (Interrompe - Unterbricht)

SFONDRINI (PSI): Non so suonare il violino, ma sento subito se uno stona e non ho dubbi. Non ho mangiato alle mense, ma so cosa si mangia, perchè me lo hanno detto e tanto mi basta. E poi se andassi io a mangiare o l'Assessore e sapessero che andiamo, sicuramente in quel giorno si mangerebbe meglio che gli altri giorni. Ripeto il discorso e dico che si premiano i comuni, che hanno risparmiato tagliando la crosta del formaggio. Quei comuni vengono premiati, ma indubbiamente a spese degli utenti.

Noi facciamo veramente uno sforzo ad astenerci su questo disegno di legge. Dovremo votare contro, perchè l'art. 1, non risolve il problema, anzi accentua la confusione dei ruoli fra comuni, consorzi, circoli di istituto e Provincia. Intervengono cioè quattro o cinque enti e non si capisce cosa viene fuori. Certamente viene fuori un trattamento che non è omogeneo ed uniforme in tutto il territorio provinciale.

BERTORELLE (DC): Prendo la parola per chiedere all'assessore competente, come ha pensato di risolvere i problemi sorti recentemente nel comune di Bolzano. Non so se i colleghi hanno accennato anche a questo fatto, ma sono successe delle grosse difficoltà, che poi si sono concretate in agitazioni all'interno delle scuole industriali e professionali. Infatti, per la massima parte queste scuole sono frequentate da giovani che provengono da altri comuni e la scuola dà la refezione a tutti quanti gli studenti. Ad un certo momento però il comune di Bolzano si è accorto che doveva pagare la refezione per una parte, che rappresentava più della metà del totale, di giovani, che vengono da altri comuni. Allora, il comune

di Bolzano, si è rivolto ad altri comuni chiedendo che cosa pensavano di fare per sostenere la loro quota, dato che la Provincia versava i contributi ai comuni. Nessun comune, salvo quello di Bronzolo, ha risposto al comune di Bolzano. Ad un certo momento il comune di Bolzano ha tagliato la refezione per gli studenti provenienti da altri comuni. E' successa una grossa polemica, uno sciopero da parte degli studenti e poi però il comune ha riaperto la refezione per tutti gli studenti. Chiedevo quindi all'Assessore che cosa vien fuori adesso con questa nuova legge, perchè il fatto riguarda Bolzano, ma riguarda anche Merano o Bressanone, insomma tutti i centri dove ci sono scuole superiori frequentate da giovani che vengono da altri comuni.

Mi chiedo come ci si regola, perchè nel progetto di legge non trovo niente al riguardo, nel caso in cui studenti frequentano una scuola di un altro comune e il comune di origine non si preoccupa di pagare la mensa per questi studenti. Come avvengono proprio i rapporti tra il comune dove il giovane frequenta la scuola ed il comune di provenienza. Vorrei sapere questo dall'Assessore competente.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, signori colleghi, prendo anch'io brevemente la parola su questo disegno di legge, che ha la sua importanza e non la si può certamente negare. Bisogna anche obiettivamente dare atto che in passato, con la legge che andiamo a modificare certamente si è compiuto uno sforzo non indifferente per andare incontro a certe esigenze ed a una situazione che era piuttosto delicata e difficile.

Non so quale sia esattamente il criterio per determinare oggi il livello di bisogno, chi appartenga alla categoria di bisognosi e chi no. So però che esistono degli strati di popolazione, in particolare dei giovani che vengono da molto distante dalla provincia, che anche se non classificabili da un punto di vista puramente aritmetico nella categoria dei bisognosi, soffrono disagi tali per cui finiscono per rientrare in questa categoria per lo sforzo e il sacrificio che debbono compiere, venendo dai paesi della provincia a studiare a Bolzano o in altri centri. Quindi, mi pare che su questo punto bisognerebbe che la legge fosse più precisa e la codificazione degli elementi che vanno ad usufruire di certi contributi e di certe provvidenze dovrebbe essere piuttosto precisa, tenendo conto, in base anche all'esperienza che abbiamo fatto in questi quattro anni, di ciò che si è potuto constatare e verificare. Nell'ambito di questa classificazione sarebbe opportuno che i comuni che maggiormente sono interessati dall'afflusso di giovani che vengono dalla periferia, all'inizio di ogni anno scolastico facessero una specie di censimento, anche perchè in questa maniera possono sapere esattamente quali sono coloro i quali vanno ad usufruire delle mense e che appartengono ad altri comuni, che a loro volta ricevono dalla provincia il contributo per questa attività e magari fanno finta di niente, come il classico tonto per non pagare dazio, e poi alla fine magari si ritrovano con delle eccedenze

positive, che come previsto dall'art. 2, di questa legge vanno ad incrementare per incrementare la loro attività, anche se in sostanza con un provvedimento che è piuttosto parziale. Quindi, necessità di un censimento all'inizio dell'anno.

Per quanto riguarda l'organizzazione ho avuto occasione di visitare quella stupenda realizzazione, che è l'istituto professionale di via santa Geltrude. Ho osservato che vi sono degli impianti di primissimo ordine e di primissima qualità, e che evidentemente possono, se ben organizzata la gestione della mensa, far fronte a dei grossi impegni.

Non so come funzioni questa gestione e se abbia dato risultati positivi. So che vi sono state delle lamentele, ma so bene che lamentele ve ne saranno sempre. Certamente non si può pretendere che queste mense siano dei ristoranti di prima categoria, ma bisogna curare al massimo l'organizzazione, perchè vi sia efficienza di rendimento. Sotto quest'aspetto mi premerebbe sapere, a titolo orientativo, il contributo medio per ogni pasto che viene stabilito dalla Provincia a quanto ammonta e se mi posso permettere una critica, è che nella presentazione di questa legge, non sono inseriti dati effettivi, che ci consentano un controllo sui costi, sul numero delle presenze ecc. Questo sarebbe stato necessario anche per dare a tutti noi una maggior visione ed una maggior possibilità di giudizio. Il fatto che l'utenza di questo servizio sia aumentata del 66%, da un certo punto di vista, è certamente un fatto positivo, perchè vuol dire che con i contributi della provincia si assiste una popolazione certamente maggiore di quanto fatto in passato. Tuttavia, si tratta di stabilire se facciamo questo sforzo anche qualitativamente. Non è che noi diamo dei soldi per avere un pasto che dà adito a molte contestazioni e che genera, come è già accaduto, manifestazioni di intemperanza e scioperi da parte dei giovani.

Oltre a dare contributi noi dobbiamo avere l'accortezza di dare un servizio efficiente. Non ci sono stati forniti questi dati e posso supporre che fino ad oggi grandi difficoltà e grandi critiche non siano state mosse, perchè mi pare che in altri centri della provincia non c'è mai stata nessuna contestazione. Anche qui vorrei sapere se queste mense funzionano in tutti i comuni o in quali comuni esse funzionano.

Per quanto riguarda le critiche fatte dai colleghi di sinistra, devo dire che non mi associerei del tutto a certe valutazioni così pessimistiche e così restrittive. Certo il problema va inquadrato e va soprattutto controllata la gestione di queste attività, proprio al fine di evitare che sorgano improvvisamente delle situazioni gravi, che possono essere evitate. Ci vorranno quindi controlli sulla qualità dei pasti, sui costi e sulla gestione di questi servizi. Anche il criterio di premiare i comuni che risparmiano mi può anche trovare d'accordo se il risparmio è avvenuto non a prezzo della qualità del pasto, ma proprio da una effettiva gestione.

Sono d'accordo che questi comuni reinseriscano nel circuito di miglioramento delle organizzazioni e delle strutture quei risparmi, ma se

il risparmio avviene a scapito della qualità del pasto e quindi a difetto dell'organizzazione allora mi permetto di dire che questi comuni è meglio che non risparmino. Qui noi dobbiamo essere attrezzati per controllare e verificare la gestione, come ho detto poc'anzi e la qualità del pasto. Dobbiamo inoltre essere severi nel controllo di chi fruisce di questi pasti a prezzo ridotto e praticamente di questa assistenza. Non vorrei che si inserissero nel calderone e per larghezza e per generosità un po' tutti gli studenti, a scapito di quelli che ne hanno effettivo bisogno. A mio parere è anche giusto che ci fruisce della mensa e non appartiene alla categoria dei bisognosi, paghi regolarmente il suo pasto completo ed è giusto che i comuni prevedano di incassare queste somme, perchè in effetti chi non ha diritto deve pagare.

Mi permetto di sottoporre all'attenzione dell'Assessore queste modeste considerazioni. Mi sembra peraltro che non ci siano elementi tali a giustificare un rifiuto di questa legge. Mi permetto di suggerire un più assiduo controllo ed una valutazione delle esperienze di questi quattro anni tale, che ci porti sempre più a migliorare questo servizio, che la Provincia rende a tutta la comunità della provincia ed in particolare alle classi più bisognose e che va quindi aiutato e sostenuto.

ACHMÜLLER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Es handelt sich beim vorliegenden Gesetz um die Abänderung eines Artikels des Schulfürsorgegesetzes, wie es bereits angedeutet worden ist.

Das Schulfürsorgegesetz selbst ist viel umfassender und betrifft nicht nur die Schulausspeisungen, sondern auch andere Gebiete, wie beispielsweise den Schülertransporte, die Zulassung zum Gratisempfang der Schulertransport, die Zulassung zum Gratisempfang der Schulbücher usw. Wir wissen auch, daß auf den anderen Gebieten wie beim Schülertransport, wie bei den Schulbüchern die Zulassung für alle nicht vorgesehen ist, sondern daß dort genaue Bedürftigkeitskriterien bestehen, die vom Land festgelegt worden sind und die auch manchmal Anlaß zu Polemiken in der Öffentlichkeit gegeben haben. Den aufgrund der ungenauen Anwendung der Steuergesetze kam es manchmal zu Situationen, die den Bedürftigen nicht entgegenkamen.

Insgesamt möchte ich hier die Gelegenheit nutzen, um in diesem Zusammenhang noch einmal meinen Wunsch zum Ausdruck zu bringen, ob man diese Gebiete nicht noch einmal überdenken sollte. Ob es nicht besser wäre, zumindest auf dem Sektor der Schulbücher vom Prinzip der Bedürftigkeit abzugehen, weil der gesamte Apparat, der dazu nötig ist, den einen oder anderen Schüler aus einer Klasse herauszusuchen, der dann keine Gratis-Schulbücher bekommt, sich nicht lohnt; er kostet schließlich mehr als die Schulbücher.

Hier wird der an sich richtige Grundsatz der Bedürftigkeit, der eigentlich aufrecht erhalten werden müßte, aber zur Farce.

Was die Schulausspeisung betrifft, so ist die Zulassung grundsätzlich für alle vorgesehen. Durch den enormen Anstieg der Kosten in den

letzten Jahren - im Bericht sind die Beträge aufgeführt, 1974/75 waren es noch 1,2 Milliarden, während es im Schuljahr 1977/78 immerhin 2 Milliarden sind - hat sich die Landesregierung darüber Gedanken gemacht, was man tun kann, um diesem enormen Kostenanstieg Einhalt zu gebieten.

In der Kontrolle der Kosten war dieses Gesetz sicher mangelhaft, aber es hat auch andere Mängel in diesem Gesetz gegeben. Das wird auch von uns anerkannt und eingesehen und deshalb ist es auch richtig, daß sich die Landesregierung daran gemacht hat, das Gesetz zu überarbeiten. Die Landesregierung hat die Dinge nicht übereilt und sie hat sich mit den Gemeinden in Verbindung gesetzt, die ja dann diesen Dienst zu versehen haben und sie hat diese an der Ausarbeitung dieses Gesetzes mit beteiligt. Die Gemeinden werden also mitverantwortlich gemacht und das widerlegt das, was Dr. Jenny gesagt hat. Es werden auch Entscheidungen delegiert, wenn sie auch nicht immer angenehm sind. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß viel Kritik deshalb an der Landesregierung geübt worden ist, weil sie eben selbst die Kriterien für die Zulassung und der Bedürftigkeit von oben her erlassen hat, wobei immer angeführt wurde, daß man von der Gemeinde aus eine viel bessere Übersicht über diese Dinge hätte. Diese Kritiken hat man jetzt berücksichtigt und die Entscheidungen können jetzt an Ort und Stelle selbst getroffen werden.

Es ist erfreulich, daß in diesem Punkt von der früheren Auffassung abgegangen worden ist und hiermit der Beweis erbracht wurde, daß nicht immer der Steuerzettel ausschlaggebend sein muß, ob jemand zugelassen wird oder nicht.

Ich glaube, man sollte sich auch bei den Schulbüchern überlegen, ob auch dieses Gebiet nicht so zur Zufriedenheit aller geregelt werden könnte.

Es ist vor allem die Tatsache positiv zu sehen, daß mit den Überschüssen auch etwas angefangen werden muß, was früher nicht der Fall war. Früher hat man in den Gemeinden draußen gewußt, daß man die zur Verfügung stehenden Mittel aufbrauchen mußte, sonst bekam man sie nicht mehr. Deshalb sind einfach viele Kinder zugelassen worden und so erklärt sich auch das oft sprunghafte Ansteigen der Kosten. Es darf hier nicht übertrieben werden: wenn wir andere Gebiete und ihre Kosten betrachten im Zeitraum von 1974-1978, dann kommen wir vielleicht auf ähnliche Prozentsätze. Wenn nun in das Gesetz hineingenommen worden ist, daß die Überschüsse auch für die Errichtung neuer Strukturen, z.B. zum Ausbau der Küche oder der nötigen Räumlichkeiten verwendet werden können, so finde ich das sehr sinnvoll. Es ist aber sicherlich Sorge zu tragen, daß dies nicht auf Kosten der Qualität geht: es sollten die Inspektionen vielleicht intensiviert werden. Dazu ist zu sagen, daß auch bisher eine Aufsicht da war und es ist sicherlich eine Tatsache, daß die Inspektionen nicht immer auf Anmeldung gemacht werden, oder niemals auf Anmeldung und eventuell auch im Abstand von 2 Wochen hintereinander, wie uns der zuständige Landesrat in der Kommission erklärt hat. Wenn also vermieden werden kann, daß die Überschüsse auf Kosten der Qualität gehen, dann ist es zu befürworten,

daß die einzelnen Verwaltungen versuchen, im Rahmen des Möglichen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ökonomisch so gut wie möglich umzugehen.

Es ist positiv, daß an die Errichtung von zweischengemeindlichen Konsortien gedacht worden ist, so daß es in Zukunft nicht mehr vorkommen wird, worauf vom Kollegen Erschbaumer sicher mit Recht hingewiesen worden ist, daß Kinder von auswärts nicht mehr zugelassen werden. Denn durch die Errichtung dieser Konsortien wird diesem Mißstand vorgebeugt werden können.

Es ist wichtig, daß in Zukunft auch Vorschüsse ausbezahlt werden können, daß die einzelnen Verwaltungen über die anfänglichen finanziellen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Ich glaube, daß diese Punkte der Beweis dafür ist, daß das Gesetz effektiv verbessert worden ist und daß damit zu einem reibungsloseren Ablauf der Schulausspeisungen beigetragen wurde.

Die Vorwürfe von Seiten der Opposition sind damit zum Teil unberechtigt und müssen zurückgewiesen werden, zum Teil wird diesen Kritiken im Gesetz Rechnung getragen, d.h. es wurde in diesem Sinne verbessert.

Auch der Vorwurf vom Kollegen Erschbaumer, daß das Gesetz sich gegen die Minderbemittelten wende, ist nicht gerechtfertigt, denn es heißt hier expressis verbis, daß alle zu diesem Dienst zugelassen werden, er muß von den Nicht-Bedürftigen zur Gänze bezahlt werden, von den Bedürftigen eventuell zum Teil.

Es müssen bei der Schulausspeisung natürlich auch noch andere Kriterien berücksichtigt werden, so z.B. die Distanz, denn der Sinn ist schließlich der, daß denen eine Mahlzeit verabreicht wird, die erst spät nach Hause kommen. Dann kommt die Beurteilung der Bedürftigkeit dazu, ob nun einer das Essen gratis bekommt oder nicht. Bei der Distanz ist es meiner Ansicht nach richtig, daß man nicht nur die Fahrzeiten berechnet, sondern auch die Gehzeit. Denn in einigen Gemeinden ist eingewendet worden, daß die Fahrschüler eigentlich früher heimkommen als diejenigen, die den Wohnort zu Fuß erreichen müssen. Aber ich glaube, auch daran ist von der Landesregierung bereits gedacht worden, zumindest wurde es uns so gesagt.

Aufgrund dieser Überlegungen wird die SVP diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben.

NEUHAUSER (SVP): Ich hätte vielleicht jetzt nicht mehr sprechen sollen, aber es hat mir im Zusammenhang mit der Schulausspeisung schon immer leid getan, daß etwas, was vorher bereits funktioniert hat, vom Land selbst übernommen wird. Es ist nun einmal so, daß die öffentliche Hand schwerfälliger ist und daß es daher auch meist mehr kostet. Ich glaube, daß der Versuch, jetzt aus den Fehlern und der finanziellen Belastung, die sich daraus ergeben hat, etwas zu lernen und es zu verbessern, wird mit diesem Gesetzentwurf ja gelingen. Wir müssen uns aber vor Augen halten, daß alle Dinge, die scheinbar nichts kosten, dazu verleiten, daß sie übermäßig gebraucht werden. Das sehen wir bei den Medikamen-

ten und überall dort, wo wir es sehen wollen. Ich weiß auch nicht, ob die hier angebotene Regelung soweit ausgereift ist, daß sie den Intentionen, die man damit erreichen will, auch wirklich nahe kommt. Mir scheinen noch zu viele Möglichkeiten offen zu sein, vor allem wird man es jetzt schwer haben, Leute von der Ausspeisung wieder wegzubringen, nachdem einmal alle zugelassen sind. Es ist viel leichter einzusehen, etwas nicht zu bekommen, als dann auf etwas zu verzichten, was man schon gehabt hat. Es war selbstverständlich immer ein Unsinn, daß es für alle gratis war, die es auch hätten bezahlen können.

Ich hätte auch noch gewünscht, daß es nicht offen bleibt, daß auch der Bedürftige eventuell etwas zahlen soll, das finde ich in dieser Gesetzesänderung etwas unlogisch und ich habe es jedenfalls nicht verstanden.

Ich stimme natürlich dieser Änderung zu, weil sie Verbesserungen zum derzeitigen Zustand bringt. Ich möchte aber doch ersuchen, daß man sich in allen Dingen, wo das Land nicht selber die Kompetenzen zu übernehmen braucht, die Regelungen sehr gut überlegt, damit man nicht Ergebnisse bekommt, wie sie hier zugegeben werden mußten.

PRESIDENTE: Hanno parlato tutti ed ora prenderò anch'io la parola, come gruppo del Partito Socialista Democratico Italiano. Inizierò da una frase che non vuole essere nè storica, nè scultore e spero che non sia riportata da alcuno, dicendo: "Nihil novi sub sole". E' proprio vero che non c'è niente di nuovo sotto il sole. Mi rifaccio a quanto ha detto poc'anzi il consigliere Mitolo che ha detto che in fondo, in questi campi, una soddisfazione completa non la si raggiungerà mai; vale a dire che vi sarà sempre qualcuno che si lamenta a ragione o a torto.

Ho una grossa esperienza di refezioni scolastiche, perchè sono stato per 25 anni e più, dal 1946 fino al 1972, nel mondo della scuola ed ha avuto sempre costantemente a che fare con la questione delle refezioni scolastiche. Come sapete, una volta, le refezioni dipendevano dalle direzioni didattiche ed erano in particolare curate dal Patronato Scolastico. Bene, se devo rifarmi a queste esperienze, dico che mai c'è stata un'annata serena e tranquilla in questo campo, in cui non fossero sorte delle difficoltà delle lagnanze, delle lamentele, delle sperequazioni, più o meno evidenti, più o meno reali e soprattutto la lotta costante e continua con i soldi. Non c'è stata annata, dal 1946, al 1970, che ad un certo momento dell'annata scolastica, a febbraio, marzo o aprile, non si dicesse bisogna chiudere la refezione scolastica, perchè mancano i fondi e non siamo in grado di continuare, perchè il comune non fa più fronte agli impegni e rispettivamente il quid dato dai comuni ai patronati scolastici è finito. Quindi, ecco che non so esattamente come vadano le cose oggi, ma vorrei quasi pensare che vadano un pochino meglio di come andavano prima.

Cioè che questa battaglia per il denaro non esista, non ci sia o sia quanto meno ridotta rispetto al passato, se è vero come è vero, che

ci sono dei comuni che addirittura capitalizzano in materia di refezioni scolastiche.

Vale a dire vengono premiati, lasciando loro i contributi in eccedenza, perchè hanno assolto al loro dovere ed hanno amministrato in modo egregio questa situazione. Basta, ed anch'io lo dico e lo sottolineo, che questi risparmi e che queste economie siano state fatte a danno della refezione stessa e cioè del contenuto della refezione stessa, e non rappresentino un sistema di economie che non sarebbe assolutamente accettabile. E' per questo che chiedo anch'io all'Assessore competente qualche delucidazione in merito, su queste situazioni particolari, che si sono verificate e da che cosa dipendono, come mai si verificano, perchè, secondo me, tutto quello che viene dato a questo fine dovrebbe essere non dico mangiato, ma in poche parole dovrebbe andare a beneficio di un costante e continuo miglioramento di quelli che sono i servizi. Personalmente, non capisco veramente il premio ai comuni e resto perplesso davanti a questo problema e non riesco a rendermi conto come esso si sia verificato.

Un altro tema sul quale mi permetto anch'io di insistere un momento è quello preposto dal consigliere Bertorelle e cioè quello relativo alla situazione di Bolzano. E' necessario che venga risolta questa situazione; è assolutamente giusto che i comuni che mandano un tot di alunni in quel di Bolzano intervengano a favore dei loro ragazzi e studenti e non si pretenda che il comune di Bolzano affronti in toto questa spesa, il che sarebbe assolutamente fuori luogo. Soprattutto sarebbe ingiusto. E' necessario fare chiarezza in questi campi, perchè altrimenti potrebbero verificarsi quelle situazioni, alle quali facevo cenno poc'anzi, che si verificavano nel passato e che ci lasciavano naturalmente sempre nelle peste, come si suol dire, nelle difficoltà da superare. Difficoltà, che ho incontrato per 20 anni di seguito, che mi costringevano ad intervenire con la massima urgenza presso i comuni, a pietire, a pregare, ad insistere, a premere perchè non avvenisse il fattaccio della chiusura della refezione.

Detto questo concludo con un mio pensiero: secondo il mio pensiero socialista, e mi rifaccio ai paesi del nord socialdemocratici, come la Svezia, la Norvegia, la Danimarca, la stessa Inghilterra ed altri paesi, sarebbe ora e tempo che anche nel nostro paese si instaurasse un criterio di sicurezza sociale nel quale entrano anche queste provvidenze, queste assistenze. Sicurezza sociale, che dovrebbe essere garantita a tutti indistintamente, abbienti e meno abbienti, evidentemente attraverso quella che è la cosiddetta tassazione, cioè il contributo di tutti i cittadini, che per gli uni può essere del 2% o del 5% per altri del 30%, per altri del 70%, per altri addirittura del 100%, come avviene nei paesi del Nord. Non mi si dica che ho fatto un comizio, che ho sostenuto una tesi, ma è una tesi che mi è cara, perchè corrisponde egregiamente alla mia ispirazione ideologica, alla quale non ho rinunciato e non rinuncio fino a quando avrò fiato in gola e finchè vivrò.

JENNY (SFP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich nur noch einmal zu Wort gemeldet, um auf das einzugehen, was Herr Neuhauser gesagt hat. Er war nicht da, als ich das erste Mal gesprochen habe, und er hat auch gefragt, warum das eigentlich geändert worden ist, was vorher gut funktioniert hat. Genau das war die Grundlage meiner ersten Intervention, in der ich gesagt habe, daß man es schlecht geändert hat. Diese Antwort kommt ja von den Lehrern, die sagen, daß es mit dieser Verbürokratisierung und mit diesen Verpflichtungen nicht geht.

Und auch die Gemeinden sagen, daß es so nicht geht, daß sie Teil-Verantwortungen übernehmen müssen, Herr Achmüller, das ist ein Unterschied, ob man Verantwortungen übertragen bekommt oder nur Teil-Verantwortungen, während das Land die Richtlinien gibt. Sie wissen, was das bedeutet, wenn ich selbst Verantwortung übernehmen soll, aber jemand anderer die Richtlinien dafür gibt. Denn dann habe ich nicht wirklich die Verantwortung. Da liegt die gesamte Dramatik, ebenso wie in der Beziehung zwischen den Gemeinden. Denn wie haben denn unsere Leute in den Gemeinden reagiert? Sie sagten, wenn die von oben alles kommandieren sollen, dann werden wir das Geld schon ausgeben.

Dadurch ist es zur Katastrophe gekommen, daß die Gemeinden sehr locker wurden und alles durchgehen ließen.

Ich bin auch nicht mit den Ausführungen des Herrn Erschbaumer einverstanden, der die Bedürftigen so sehr hervorhebt. Denn das ist nicht das zentrale Thema. Man kann etwas Demagogie mit den Bedürftigen betreiben, aber das zentrale Thema liegt nicht hier. Es werden die Bedürftigen auch nicht wirklich berücksichtigt, weil man diese komische Formel gefunden hat, daß auch Bedürftige mit herangezogen werden. Ich möchte es aber noch einmal sagen, daß echt Bedürftige, also Menschen in Notstandssituationen, in unseren Dörfern Gott-sei-Dank selten geworden sind. Es gibt Familien in Zerrüttung, aber daß jemand wirklich unbedingt auf die Schulausspeisung angewiesen ist, das ist im Jahr 1977 nicht mehr gegeben. Deshalb bezeichne ich dies als Demagogie und kann es nicht akzeptieren.

Meine große Sorge, die ich für die Soziale Fortschrittspartei ausspreche, ist keine parteipolitische. Ich könnte es so formulieren, wie es Kollege Neuhauser gesagt hat: besser machen und finanziell korrekter gestalten, ohne dabei unsere Grenzen zu überschreiten. Warum schreit die Provinz? Denn man sagt sich, wenn das so weitergeht, kommt jeder zu uns zum Mittagessen! Das wollen wir nicht, daß jeder aufgrund dieser Möglichkeit Mittel beansprucht, die wir uns nicht leisten können. Es ist dies letztlich eine Frage der Verwaltung, der sozialen Gerechtigkeit und ich kann mich auch dem anschließen, was Präsident Molignoni gesagt hat. Aber ich bin solange dagegen, als nicht korrekt Steuer bezahlt wird, solange es keine entsprechenden Maßnahmen dafür gibt, solange können wir nicht einen Dienst an alle vergeben. Dazu sind die Mittel nicht vorhanden.

Mir geht es hier um eine korrekte Gestaltung des Schulausspeisungsdienstes. Früher mit den Patronaten hat es funktioniert, das haben mir viele Lehrer bestätigt. Jetzt durch die Verbürokratisierung, durch die

Vergabe von Teil-Verantwortungen an die Gemeinden ist es schlechter geworden und ich bezweifle, daß es mit diesem schlechten Gesetz gelingt, diese Dinge zu ändern. Deshalb bin ich dagegen und werde gegen dieses Gesetz stimmen.

ERSCHBAUMER (SPS): Ich melde mich das 2. Mal zu Wort, weil ich angesprochen wurde und weiters, weil ich meine früheren Ausführungen damit unterstreichen und bestätigen möchte.

Ich glaube, Präsident Mognoni hat das richtig gesagt, daß wir soweit kommen sollten, die Dinge so zu machen, wie es unsere Freunde in den Nordstaaten bereits tun. Wenn Sie davon überzeugt sind, Herr Präsident, dann werden Sie auch gegen den Artikel 1 stimmen, denn sonst sind Sie nicht davon überzeugt.

PRESIDENTE: Non deve dirmi, che cosa devo fare, consigliere Erschbaumer. Ho sessantadue anni e sono 30 anni circa che siedo su questi banchi.

ERSCHBAUMER (SPS): Es hat aber keinen Sinn, Herr Präsident, wenn Sie hier sagen, was richtig wäre und tun dann selbst das Gegenteil. Dann werden sie unglaubwürdig und sollten nicht von Sozialismus und Sozialdemokratie sprechen, sondern dann müßten Sie sich auch als Sozialdemokrat verhalten.

ERSCHBAUMER (SPS): Ich muß auch Dr. Jenny etwas sagen, und zwar, daß er die Bedürftigkeit in unserer Bevölkerung nicht kennt.

Er hat keine Bürgernähe und wenn er glaubt, sagen zu müssen, daß es nur Demagogie ist, was ich gesagt habe, dann möchte ich feststellen, daß ich sowohl als Gewerkschafter als auch als Politiker feststellen kann, wie noch heute unsere Leute teilweise leben.

Es gibt noch Bedürftigkeit, daß man kaum die Miete bezahlen kann, daß die Kinder nicht in höhere Schulen geschickt werden können usw., ich kenne diese Situationen und deshalb bin ich der Meinung, daß diesen Leuten geholfen werden soll. Das sind nicht nur zwei oder drei, sondern es sind viele. Für diese setze ich mich ein und diese will ich verteidigen, deshalb habe ich meine ersten Ausführungen in dieser Weise gemacht.

Es sind aber auch die Ausführungen von Dr. Achmüller interessant, der den sozialen Flügel in der SVP vertritt. Er hat damit bestätigt, was wir in den letzten vier Jahren immer wieder gesagt haben, als wir ihn als "Wasserträger" und "Schuhputzer" der Regierung bezeichnet haben. Denn wenn er hier nur die Regierung zu verteidigen hat und nicht mehr diese soziale Schwächeren und Minderbemittelten, wen will er dann als Arbeitnehmer in der SVP noch verteidigen?

Entweder hat er diese Ausführungen nur im Interesse der Partei und ihrer Machtpolitik gemacht, aber wenn er sie als Sozialdemokrat innerhalb der Volkspartei gemacht hat, so ist das eine glatte Lüge. Denn sonst

müßte er sich für die einsetzen, für deren Programm er sich mit anderen in der Partei zusammengefunden hat. Aber das trifft nicht zu.

Ich muß auch wiederholen, was ich bereits gesagt habe und Frau Landesrat Gebert-Deeg vorwerfen, daß sie als Frauenvertreterin der größten Partei Südtirols, der SVP, mit hohen Funktionen auch im Familienverband, mit diesem Artikel familienfeindlich vorgeht.

Ich wäre aber damit einverstanden, wenn man die Kinder von Lohnabhängigen bis zu einem bestimmten Einkommen zulassen würde. Ich finde, dieses Prinzip müßte endlich einmal geklärt werden, sei es bei der Wohnbaufürsorge oder hier. Es hat keinen Sinn, daß Leute mit Großeinkommen zwischen Salurn und Meran, gleich behandelt werden. Ich bedauere, daß ich für diese meine Überzeugung nicht einmal die Unterstützung der Arbeitnehmer in der SVP bekomme. Das ist sehr enttäuschend, ich habe erwartet, daß innerhalb der SVP soviel Autonomie besteht, daß sich der Arbeitnehmer-Flügel zumindest für diese Leute einsetzen kann, für die sie immer nach außen betonen, daß sie sich ein setzen wollen. Leider ist diese Autonomie innerhalb dieser Partei nicht gegeben, wohl aus Parteidisziplin, alles andere ist nur Show nach außen. Es ist traurig, daß es soweit gekommen ist, aber wir hoffen auf eine Änderung.

Ich habe es bereits erwähnt und möchte es noch einmal hervorheben, Herr Präsident, ich möchte eruschen, den Art. 1 nach Absätzen abzustimmen, damit ich den Kollegen im Südtiroler Landtag zeigen kann, mit welchen Absätzen ich einverstanden bin und mit welchen nicht. Wenn dies nicht möglich ist, Herr Präsident, dann muß ich gegen den Art. 1 stimmen.

ACHMÜLLER (SVP): Ich möchte Kollegen Erschbaumer nur antworten, der mich persönlich angesprochen hat. Er hat wieder einmal den Beweis erbracht, daß man auch mit Demagogie Politik machen kann. Aber letzten Endes zählt in der Politik nicht die Demagogie sondern die Vernunft.

Wir sind der Meinung, daß es eine Differenzierung zwischen jenen geben soll, die die Schulausspeisung bezahlen und denen, die sie nicht haben. Es ist im Gesetz hier klar davon die Rede, daß diejenigen, die als nicht bedürftig eingestuft sind, die Beträge zur Gänze bezahlen und dies entscheidet die Gemeinde. Ich finde es richtig, daß wir diese Entscheidung an die Gemeinde delegieren, das wurde doch immer gefordert, auch von den Oppositionsvertretern.

Diesem Wunsch sind wir jetzt entgegenkommen, denn wir dürfen den Gemeinden nicht unterstellen, daß sie weniger soziale Kriterien als das Land anlegen würden. Es wird unterschieden zwischen Bedürftigen und Nicht-Bedürftigen und im Rahmen der verfügbaren Mittel werden die bedürftigen Familien in den Genuß des jeweiligen Dienstes kommen. In diesem Fall ist es die Schulausspeisung, in einem anderen Fall betrifft es die Schulbücher. Wenn die Mittel zur Deckung aller ausreichen, muß nichts bezahlt werden, wenn die Mittel nicht ausreichen, dann zahlen sie einen Teil. Es ist unser Grundatz, daß nicht alle alles gratis bekommen müssen.

GEBERT-DEEG (Assessor für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Ich danke allen, die zu dem Thema Stellung genommen haben, vor allem jenen, die sachlich Stellung genommen haben. Ich möchte vorausschicken, daß es interessant ist, daß im Landtag über die Frage der Bedüftigkeit oder sozialen Sicherung in der Fürsorge zumindest in Ansätzen diskutiert wurde. Es ist bisher noch nie im Landtag über diese grundsätzlichen Einstellungen diskutiert worden. Ich bin auch dem Präsidenten des Landtages dankbar, daß er daran erinnert hat, wie die Situation bis zum Inkrafttreten des Gesetzes war. So wie es heute dargestellt wird, scheint es, als ob früher alles in Ordnung gewesen wäre und jetzt nichts mehr, die Wahrheit liegt wie immer in der Mitte.

Er hat uns daran erinnert, daß die Ausspeisung früher von Dezember bis April ging. Die Lehrer hatten dafür ihre Zeit und größte Anstrengungen geopfert, kostenlos, um eine Wohltätigkeitseinrichtung zu ermöglichen, die keinerlei Rechtsanspruch auf eine Finanzierung besaß, weder seitens des Landes, noch des Staates. Sie wurde ann oft von anderen Wohlfahrtsverbänden bezuschußt, wie vom AAI z.B. Der einzige Pflichtbeitrag betrug 50 Lire pro Schüler für die gesamte Schulfürsorge, nicht nur für die Mensa. Unter diesen Voraussetzungen haben damals die in Wohltätigkeitsverbänden zusammengeschlossenen Lehrer, Seelsorger und Sozialerbeiter diesen Dienst durchgezogen.

Der heute geänderte Artikel ist damals bei Erlassen des ersten Gesetzes überhaupt nicht kritisiert worden. Alles war dankbar, daß alles in die öffentliche Hand übergeht. Ich hatte damals einige Monate davor meine Zweifel, ob man dies so radikal machen sollte; aber gerade jene Kräfte, die jetzt schreien, Herr Dr. Jenny, ich möchte Sie hier persönlich nennen und Sie können die Sitzungsprotokolle lesen, haben damals keinen Grund zur Diskussion dieses Artikels gesehen. Die Anwendung dieses Art. 11 fällt nun in den Rahmen des sozialen Ressorts und bei der Anwendung gab es zunächst die Überwindung zum Übergang an die öffentliche Hand. Mit Ausnahme von Bozen - das möchte ich Assessor Bertorelle noch genau sagen, wie das war - gab es eigentlich keine besonderen Proteste, wie auch Abgeordneter Mitolo erwähnt hat.

Und diejenigen, die das Gegenteil behauten, das ist vielleicht immer dieselbe Person, die Sie unterrichtete, Herr Dr. Jenny, die ständig im Landesschulrat behauptet, daß zuviel Geld ausgegeben wird, denen ist eben nie etwas recht.

Bevor ich näher auf das Gesetz eingehe, möchte ich Herrn Abgeordneten Mitolo sagen, daß ich die Zahlen allen Abgeordneten zuschicken werde. Entschuldigen Sie bitte, aber es hat dies niemand bisher in der Form beantragt und ich habe nicht daran gedacht. Ich kann sagen, daß es in fast 80 Gemeinden funktioniert. Die Kosten pro Essen wurden durchschnittlich mit 650 Lire pro Mahlzeit berechnet.

Herr Erschbaumer, das Gesetz spricht nicht von einem Recht auf soziale Sicherung, sondern von der Vornahme der Schaffung der Voraussetzung einer wirklichen Chancengleichheit auf dem Bildungssektor, indem Hinder-

nisse wirtschaftlicher und sozialer Art beseitigt werden, die sich der tatsächlichen Erfüllung der Schulpflicht entgegenstellen.

Hier hat Dr. Achmüller ganz richtig darauf hingewiesen, daß im Art. 11 nicht nur die wirtschaftliche Frage für eine Maßnahme im Schulfürsorgektor zugrunde gelegt wird, sondern daß man dort auch vom Zulassungsrecht aufgrund von Entfernungen spricht und vom Zulassungsrecht im Bezug auf die Struktur der Schule. Es muß auch im AUge behalten werden, daß es im Jahre 1974 noch wesentlich mehr Ganztagschulen gab, die vormittags und nachmittags Unterricht hatten, was für Kinder, die entfernter wohnten, mit sich brachte, daß sie gar nicht über Mittag heimgehen konnten. Es gab außerdem sehr viel weniger Schülerbeförderung.

Wenn Sie den Schulstundenplan betrachten, könnten Sie erkennen, daß der Großteil der Schulen heute durchgehend Unterricht hat. Nur an ein oder zwei Nachmittagen gibt es Unterricht, es hat sich also die Struktur geändert und damit die Notwendigkeit der Schulausspeisung, die sich diesen geänderten Sachlagen anzupassen hat. Ich darf daran erinnern, daß der Art. 11 für die Zulassung diese Aufgabe den Gemeinden übertrug, auch für die Schaffung des Dienstes. Das Land hat nur zu beschließen, wieviel es pro Zugelassenen zahlt. Es hatte überhaupt kein Mitspracherecht, da der Artikel so weit formuliert war, daß es gar nicht möglich war, eventuell Einspruch zu erheben oder zu sagen, daß etwas nicht gerecht war so, wie es geschah. Sie haben alle diesen Artikel 11 vor sich, ich muß ihn wohl nicht vorlesen, aber Sie können alle feststellen, daß es sehr wohl zu Mißverständnissen kommen kann, wie es sie in der Anwendung gegeben hat.

Dieses Gesetz ist ausführlich mit den Gemeinden, den Vertretern des Gemeindeverbandes abgeklärt worden, mit den Funktionären, Assessoren für Schule und Kultur. Die Unterlagen bilden die Schulstunden und die Entfernungen; die Kriterien, die das Reglement festlegen soll, sind genau besprochen worden.

Der Art. 2 sagt, daß im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die wirtschaftlich Schwachen zuzulassen sind, dann alle diejenigen, die für diesen Dienst bedürftig sind. Das kann sein, weil er zu weit weg wohnt. Wenn nun die Mittel zu knapp sind, um allen alles gratis zu geben, kann auch dieser aufgefordert werden, etwas zu bezahlen. Es steht im zweiten Teil nicht mehr, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Grundlage für die Zulassung bilden, sondern die Bedürftigkeit im Bezug auf den Dienst und dazu gehört auch die Entfernung. Es wird im Reglement auch noch die Frage der Entfernung klar geregelt. Und wie Dr. Achmüller richtig erwähnt hat, betrifft das nicht nur die Fahrzeit sondern auch die Gehzeit. Denn es ist kritisiert worden, daß Kinder, die 10 km befördert werden, früher nach Hause kommen als andere, die 3 km zu Fuß gehen müssen.

Ich möchte nach dieser grundsätzlichen Klärung auf die einzelnen Artikel eingehen.

Was macht das Gesetz? Beläßt die Aufgabe der Gemeinde, hält noch einmal fest, daß die Gemeinde die Zulassungen bestimmt und die Kriterien

festlegt, ohne daß sich das Land dabei einmischet? Das Land legt die Zulassungskriterien aufgrund des Schulfürsorgegesetzes fest und die Gemeinde hat das Recht, für die von ihr Zugelassenen das Geld zu bekommen plus 4% für die Verwaltungsspesen, plus die 50 Lire pro Einwohner aus dem alten Staatsgesetz.

Das konnte nicht angerührt werden, weil noch nicht geklärt ist, was mit den Patronaten auf Staatsebene geschieht. Es ist dieses Gesetz an sich ja viel weiter gegangen, als man in anderen Regionen vor dem Gesetz Nr. 616 gegangen ist. Die Gemeinde kann dann ihre Mittel zusätzlich einsetzen oder sie kann dort eine Teil- oder Vollfinanzierung verlangen, wo nicht die Kriterien der Schulfürsorge zugrunde liegen. All diese Kriterien sind bereits besprochen, denn wenn das Gesetz jetzt verabschiedet wird, muß bis zum Herbst ja ein klares Reglement da sein. Herr Dr. Jenny, die Gemeinden werden gar nicht würend sein, wie Sie meinen, denn sie haben alles mit besprochen, und zwar in mehreren Sitzungen und es war auch gar nicht sehr leicht, zu dieser Formel zu kommen.

Es ist also einerseits die Subsidiarität an die Gemeinden gegangen, andererseits legt das Land die Kriterien für die verschiedenen Bereiche, auch für die Schulbücher etc. fest und garantiert dafür auch den Beitrag. Es gibt also keinerlei Konfusion, es ist die Doppelfunktion sowohl als Dienst als auch als Sozialdienst auf diese Weise gewährleistet.

Weiters wird die wirtschaftliche Bedürftigkeit einer Familie zugrunde gelegt, dieses Gesetz ändert nicht die Grundsätze für die allgemeine Schulfürsorge ab, es klärt nur Fragen des Art. 11.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß hier neben der wirtschaftlichen Bedürftigkeit auch die Frage der Entfernung oder der kinderreichen Familien - Herr Erschbaumer - berücksichtigt wird. Es ist auch bereits darüber gesprochen worden, wie die Beiträge bestaffelt werden sollen, das hat das Assessorenkomitee mit Zelger, Rella und Oberhauser vorgenommen.

Die Pflichtbeiträge der Gemeinden bleiben unberührt, weil wir glauben, daß diese Frage noch nicht aktualisiert werden kann. Wir haben keine Möglichkeiten mehr zur Einrichtung von Schülermensen, denn das soll über das Gesetz für Öffentliche Arbeiten gemacht werden.

Ich möchte jetzt noch zu der Frage der Einsparungen Stellung nehmen, die hier von einigen aufgeworfen wurde. Diese Maßnahme ist nur für die Jahre 74/75 und 75/76 vorgesehen. Warum ist dort eingespart worden? Die Gemeinden waren noch an den Privatbetriebe der Patronate gewöhnt. Sie konnten die Rechnungen nicht abliefern und dann konnte man alles kassieren. Andererseits bestand damals für die Gemeinden die Notwendigkeit, Einrichtungen anzuschaffen, denn die Mensen hatte ja eventuell nur die Caritas. Diese Gelder wurden damals auch dazu benützt, um z.B. einen Herd oder einen Tisch zu kaufen. Aber dies gilt eben nur für diese 2 Jahre, denn wie Sie ganz richtig sagen, könne es sonst einen Anreiz dazu bieten, beim Essen zu sparen und das wollen wir nicht.

Abgeordneter Neuhauser hat auf diese privaten Dienste hingewiesen. Diese Entscheidung für den Übergang in die öffentliche Hand ist damals

grundsätzlich beim ersten Gesetz gefallen. Es ist so, daß man es sicherlich Fall für Fall überlegen soll, ob es günstig ist, wenn die öffentliche Hand das selbst übernimmt, oder ob man nicht besser subsidiär das Mögliche delegiert, um kleineren Gruppen die Vitalität der Mitarbeit am öffentlichen Geschehen zu belassen.

Über die Differenzierung der Zulassungen habe ich bereits gesprochen.

Es steht im Art. 2, daß die Gemeinde im Rahmen der Mittel den Bedüftigen den Dienst unentgeltlich zur Verfügung stellen kann, weiters steht aber auch darin, daß die Gemeinden ermächtigt sind, von den Eltern der Schüler, die zwar des Dienstes bedürfen, aber nicht unbedingt wirtschaftlich bedüftig sein müssen, einen Beitrag zu verlangen. Ich habe dies bereits erläutert, denn wenn jemand zwanzig Minuten zur Schule fahren muß, braucht er zwar den Dienst, warum soll er aber nicht auch einen Beitrag leisten?

Präsident Mollignoni hat daran erinnert, daß es einmal um die Einräumung eines Rechtes geht und dann brauchen wir nicht mehr über die Finanzierung zu sprechen. Aber das Gesetz hier spricht von Fürsorgemaßnahmen und daher muß man von den Kriterien sprechen.

Herrn Dr. Achmüller habe ich in verschiedenen Punkten schon geantwortet. Was die Mitsprache betrifft, ist hier eigentlich von niemandem erwähnt worden, daß hier nicht nur die Gemeinden mitsprechen, sondern auch die Eltern und die Schule. Ich hoffe, daß damit doch eine Gesamtsicht gegeben wird, um zu beurteilen, welche Kriterien angemessen und welche gerecht sind.

Assessor Bertorelle hat an den Protest der Gemeinde Bozen erinnert. Der Landesausschuß ist über diese Situation in der Gemeinde Bozen erst 10 oder 12 Tage vorher in Kenntnis gesetzt worden, als auch der Studenten-Protest vor dem Landhaus war.

Wie kam es zu diesem Protest? Die Gemeinde Bozen hatte einfach zugelassen, ohne vorher mit den Gemeinden die Kosten abzuklären, sie hatte nichts Schriftliches in der Hand. Als nun die Gemeinden zur Zahlung ihrer Quoten aufgefordert wurden, haben viele dieses abgelehnt, weil man nichts mit ihnen besprochen hatte und sie bezahlten auch nicht. Es war also die Gemeinde Bozen in einer schwierigen Situation, denn sie hatte den Schülerdienst versehen mit allen Kosten, und von den Gemeinden hat nur eine einzige bezahlt. Sie wissen, daß es uns gelungen ist, diesen Fall zu lösen; um aber nun sicher zu sein, daß nicht morgen auf Kosten der Schüler wieder solche Mißverständnisse entstehen, haben wir die Konsortialbildung in dieses Gesetz aufgenommen. So hat eine Gemeinde, die auch Schüler aus anderen Gemeinden versorgt, die Möglichkeit, diese Abkommen rechtzeitig zu beschließen.

Über die Einsparungen habe ich gesprochen, Herr Dr. Mitolo, ich habe auch von der Kontrolle und diesen 2 Jahren gesprochen. Ich hoffe, daß die von Ihnen geäußerten Befürchtungen in diesem Zusammenhang beruhigt werden können.

Ich möchte auch noch erwähnen, daß Vorschriften für den Kaloriengehalt da sind und es werden ständig Kontrollen in den Ausspeisungen durchgeführt.

Herr Assessor Sfondrini, ich hoffe, daß ich jetzt alles geklärt habe. Vielleicht ist der Bericht zu lang, denn ich denke mir immer wieder, je länger und ausführlicher ein Bericht ist, umso mehr Kritiken gibt es. Wenn man nur eine halbe Seite für einen Bericht verwendet, ohne genauer auf das Gesetz einzugehen, dann ist auch die Kritik minimal. Also je sachlicher man informiert, umso mehr Fragen und Kritik, statt sich sachlich in den Bericht einzuarbeiten. Das muß ich leider sagen. Die Kriterien habe ich geklärt, Herr Abgeordneter Stecher, auch daß die Koordination notwendig war, und zwar weil wir uns dafür verantwortlich gefühlt haben.

Herr Erschbaumer, ich glaube, auch ihre Fragen zum Punkt 2 geklärt zu haben. Ich habe auch mit einem Funktionär des Rechtsamtes gesprochen. Es ist ganz klar, daß intern bei den Zugelassenen diese Differenzierung vorgenommen werden kann und muß, ohne daß man damit gegen die sozial Schwächsten losgeht.

Herr Dr. Jenny, zu Ihrer Frage nach den Kriterien bei den Sozialhilfen: es stimmt, daß es wenige wirklich dauerhaft dramatische Sozialfälle gibt, aber es gibt mehr als man glaubt, zeitweilige soziale Nostände und es gibt eine Reihe von Familien, die mit dem Existenzminimum leben. Ich finde, daß auch dies zur Sozialhilfe gehört, daß man dieses Kriterium anhebt.

Ich glaube, Herr Dr. Jenny, Sie haben noch von Dualismus gesprochen. Ich hoffe, all diese Zweifel beseitigt zu haben. Mehr ist dazu nicht zu sagen, ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, daß es sich bei diesem Gesetzesvorschlag um die Klärung des Art. 11 handelt und nicht um eine Abänderung des Schulfürsorgegesetzes.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? Nessuno. La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

La parola al consigliere Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (SPS): Vorrei, se è possibile, che venisse fatta la votazione per commi.

PRESIDENTE: Consigliere Erschbaumer, il Regolamento all'art. 73, ed è l'unico punto in cui fa cenno a questo dice: "Per gli emendamenti è sempre ammessa la votazione per parti separate degli emendamenti".

Il Regolamento non parla di articoli, ma io, per analogia, posso trasferire questa interpretazione anche alla legge. Di fatto, qualche volta è avvenuto anche in sede regionale, in sede provinciale e comunale, che si è applicato il criterio di votare un articolo di una legge per

commi, così come ha chiesto il consigliere Erschbaumer. Il Regolamento ripeto fa però cenno solamente agli emendamenti. A questo punto non voglio imporre la mia volontà, ma chiedo a tutto il Consiglio se eccezionalmente, di fronte alla richiesta del consigliere Erschbaumer, possa farlo e se invece ci sono osservazioni. Non ci sono obiezioni e quindi, eccezionalmente, di fronte alla richiesta fatta, pongo in votazione l'art. 1, secondo i commi. Resta inteso che sui diversi commi non si può prendere la parola.

Dò ora lettura dell'art. 1.

Art. 1

L'art. 11 della legge provinciale 31 agosto 1974, n. 7: refezioni scolastiche, è sostituito dal seguente:

"I servizi di refezione scolastica sono promossi e organizzati dai comuni singoli o fra loro convenzionati o consorziati, con il contributo finanziario della Provincia nei limiti dei fondi disponibili.

La Giunta provinciale attribuirà i fondi previsti dal piano di cui all'art. 2 secondo le proposte del consiglio scolastico distrettuale.

Spetta ai comuni e ai loro consorzi determinare, sentito il consiglio di circolo o d'istituto, le condizioni di ammissione degli alunni al servizio, avuto riguardo alle condizioni economiche della famiglia, alla distanza dalla scuola e alle strutture disponibili. Nei limiti dei fondi obbligatoriamente destinati dai comuni all'assistenza scolastica e di quelli messi a loro disposizione per gli stessi fini della Provincia, il servizio gratuito per gli alunni appartenenti a famiglie di condizioni economiche disagiate. Ai fini di un'equa distribuzione dei propri mezzi finanziari messi a disposizione, la Giunta provinciale può, in base a propri criteri, ammettere al finanziamento solo determinate categorie di frequentanti. I comuni sono autorizzati ad esigere dai genitori degli alunni bisognosi, ammessi al servizio, il pagamento dell'eventuale differenza tra costo effettivo di ogni pasto e contributo provinciale ai sensi del comma seguente. I comuni possono altresì esigere il pagamento dell'intero costo effettivo di ogni pasto dai genitori degli alunni non bisognosi, ma ammessi al servizio di refezione.

Con i fondi di cui al comma precedente la Giunta provinciale concorre al finanziamento delle spese ordinarie di gestione del servizio tramite la concessione, ai comuni singoli o fra loro convenzionati o consorziati che lo richiedano, di un contributo onnicomprensivo per pasto somministrato agli alunni bisognosi ammessi al servizio e al finanziamento. Detto contributo per pasto sarà stabilito di anno in anno con deliberazione della Giunta provinciale.

L'importo del contributo per anno scolastico a favore dei comuni singoli o fra loro convenzionati o consorziati è determinato e assegnato, parimenti con delibera della Giunta provinciale, sulla base del numero di pasti che saranno prevedibilmente distribuiti ad alunni bisognosi ammessi al servizio e al finanziamento nel corso dell'anno scolastico.

In deroga alle vigenti disposizioni in materia di contabilità la liquidazione del contributo concesso sarà disposta con delibera della Giunta provinciale, di norma in tre soluzioni, come segue:

- la prima soluzione, per un importo non superiore al 40% del contributo annuo assegnato, con la deliberazione di concessione del contributo stesso;
- la seconda soluzione, per un importo non superiore al 40% del contributo annuo assegnato, previa attestazione da parte dei rappresentanti legali degli enti beneficiari del regolare proseguo del servizio nel secondo trimestre dell'anno scolastico corrispondente. Al fine di evitare eccessivi ritardi nel finanziamento, la Giunta provinciale è autorizzata a procedere alla liquidazione di detta soluzione prescindendo dall'approvazione del piano annuale dei servizi di cui all'art. 2;
- il saldo al termine dell'anno scolastico in sede di conferma o ridefinizione dell'importo globale del contributo annuo sulla base della presentazione, da parte dei beneficiari, dei dati relativi all'effettivo numero dei pasti somministrati ad alunni bisognosi ammessi al servizio e al finanziamento.

Per far fronte alle spese connesse con l'esercizio del servizio di cui al presente articolo, gli enti beneficiari hanno diritto ad un supplemento pari al 4% della somma annua ad essi assegnata per tale fine.

Con la deliberazione che dispone la liquidazione del saldo può altresì essere autorizzata, a favore dei comuni singoli o fra loro convenzionati o consorziati che dichiarino di voler continuare nell'anno scolastico venturo la gestione dei servizi funzionanti nell'anno scolastico venturo la gestione dei servizi funzionanti nell'anno scolastico appena concluso, la concessione e l'immediata liquidazione di un anticipo in misura non superiore ad un quarto del contributo definitivo loro erogato, per la gestione dello stesso servizio, nell'anno scolastico precedente. Tale anticipo verrà portato in decurtazione degli importi da liquidarsi ai sensi del quinto comma del presente articolo.

In ogni comune o presso consorzi di comuni è istituito per il servizio di refezione un apposito organo collegiale consultivo, composto da 3 oppure da 6 membri, e nel quale sono rappresentanti, in modo paritetico, le amministrazioni comunali, il corpo insegnante e i genitori degli alunni. In comuni o presso consorzi di comuni dove esistono più servizi di refezione scolastica può essere istituito per ogni singolo servizio un tale organo.

Ogni organo consultivo di cui al precedente comma è nominato dal Consiglio comunale per la durata del Consiglio stesso. I rappresentanti del corpo insegnante e dei genitori sono scelti su terne proposte dai rispettivi interessati ossia dai relativi organi collegiali.

I membri di ogni organo consultivo devono appartenere al gruppo linguistico degli alunni ammessi al servizio di refezione. In caso che allo stesso servizio siano ammessi alunni provenienti da scuole con diversa lingua di insegnamento, la composizione dell'organo deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici degli alunni ammessi.

Nel regolamento di esecuzione saranno previste le norme per l'ammissione degli alunni al finanziamento, per la realizzazione e il finanziamento del servizio stesso e per la composizione e il funzionamento dell'organo consultivo".

Pongo ora in votazione i diversi commi:

1. comma: approvato a maggioranza con 3 astensioni.
2. comma: approvato a maggioranza con 2 astensioni e 3 voti contrari.
3. comma: approvato a maggioranza con 2 astensioni.
4. comma: approvato a maggioranza con 3 astensioni.
5. comma: approvato a maggioranza con 2 astensioni.
6. comma: approvato a maggioranza con 2 astensioni.
7. comma: approvato all'unanimità.
8. comma: approvato all'unanimità.
9. comma: approvato a maggioranza con un'astensione.
10. comma: approvato all'unanimità.
11. comma: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

La parola al consigliere Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (SPS): Herr Präsident, ich danke Ihnen, daß Sie sich dafür eingesetzt haben, daß wir Absatz für Absatz abstimmen konnten und auch den Kollegen hier, daß Sie keine Einwände dagegen gebracht haben.

Beim Absatz 2 hat Frau Landesrat Gebert-Deeg gehofft, daß sie alles genügend geklärt hätte, sodaß auch wir dafür stimmen konnten.

Dies ist leider nicht gelungen und ich möchte es Ihnen mit einem Beispiel erklären, warum dies nicht gelungen ist. Im Absatz 2 heißt es, daß bei Ausreichen der Mittel auch die Bedürftigen etwas bekommen können. Ich bringe Ihnen jetzt ein Beispiel: bei 1000 Schülern kostet das soundso viel. Dann wird festgestellt, daß nicht mehr Geld da ist, alles was darüber hinausgeht, muß mit Beiträgen hereingebracht werden. Wenn aber die Gemeinde diese autonome Entscheidung so trifft, daß sie alle gleich behandelt, dann könnte es sein, daß alle gleich mitzahlen müssen. Es kann aber eine Gemeinde auch entscheiden, daß z.B. 600 es gratis bekommen und die restlichen 400 müssen einen Beitrag bezahlen.

Denn so wie es hier formuliert ist, wird nicht garantiert, daß man diesen Unterschied macht. Man könnte es auch so interpretieren, daß man z.B. sagt, wenn bis April das Geld fertig ist, müssen alle einen Beitrag zahlen, unabhängig, wer bedürftig oder nicht bedürftig ist. Es ist hier aber auch gesagt worden, daß die Hindernisse beseitigt werden sollen, aber im Art. 2 ist das nicht so klar, daß man grundsätzlich von dieser Beseitigung von Hindernissen ausgeht. Man müßte sonst grundsätzlich alle Fälle untersuchen, damit finanzielle Hindernisse beseitigt werden, dann müßte der Betrag ohne Begrenzung gegeben werden.

Es ist mir auch aufgefallen, daß Sie mit Freude zur Kenntnis genommen haben, daß Redner erwähnt haben, daß bis 1974 alles funktioniert hat.

Dazu kann man nur sagen, daß diese Redner wohl gerne zurück in die gute alte Zeit möchten, aber es wird andererseits auch die Bestätigung gegeben, daß nicht nur die Bevölkerung sondern auch die Abgeordneten hier kein Vertrauen in die Landesregierung haben. Denn alle sagen, daß in den letzten Jahren alles nur schlechter geworden ist, vorher war es besser. Ich selbst habe ja nur beim Absatz 2 dagegengestimmt und das ermöglicht es mir, mich insgesamt zu dem Gesetz der Stimme zu enthalten und nicht dagegen zu stimmen.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'art. 1? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 1: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 3 astensioni.

Art. 2

In deroga alle vigenti disposizioni in materia di contabilità, qualora l'importo dei finanziamenti provinciali ai comuni e loro consorzi per la gestione del servizio di refezione negli anni scolastici 1975/76 e 1976/77 abbia superato quello delle spese effettivamente sostenute dagli enti gestori, detti enti potranno trattenere le somme così determinatesi in eccedenza. Indipendentemente dall'ammontare, dette eccedenze sono da destinarsi ai seguenti scopi:

- a) miglioramento e potenziamento del servizio di refezione scolastica, comprese le spese per attrezzatura e arredamento;
- b) altre forme di assistenza scolastica di cui alla legge provinciale 31 agosto 1974, n. 7, con esclusione delle spese per attrezzatura, arredamento e riattamento di immobili.

Entro due mesi dall'entrata in vigore della presente legge gli enti beneficiari di detti finanziamenti che ancora non l'avessero fatto, sono tenuti a produrre, separati per anno scolastico, i rendiconti attinenti alla conduzione del servizio, nonchè un piano relativo all'utilizzazione delle eventuali eccedenze per gli scopi di cui alle lett. a) e b) del presente articolo. La mancata osservanza della presente disposizione comporta la restituzione delle eccedenze ai sensi delle norme vigenti.

La Giunta provinciale provvederà con propria deliberazione all'approvazione dei rendiconti esibiti e dei piani di utilizzazione delle eventuali eccedenze ai sensi della presente disposizione.

Chi chiede la parola sull'art. 2? La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Dopo aver ascoltato la replica dell'Assessore, nella quale si è accennato al costo medio di un pasto, che si aggira sulle 650 lire, debbo confessare che resto profondamente meravigliato che si possono fare economie. Se è vero questo, e non ho motivo di dubitare della parola dell'Assessore, ritengo che chi riesce a dare un pasto sostanzioso per un prezzo di 650 lire ed addirittura ci fanno un'economia, oggi come oggi per me sono dei maghi. Posto che ciò sia vero, ribadisco ancora

una volta che soltanto nella convinzione che vi sia un controllo preciso e documentato e severo, che non vada quindi a deperimento dell'attività dei pasti si può accettare questo criterio e quindi si può accettare che ai comuni venga lasciata l'eventuale eccedenza del contributo. Raccomando vivamente e solo in questo senso mi sento di votare l'articolo.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'art. 2? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 2: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuzione delle schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 25, no 1, schede bianche 4, sì 20. La legge è approvata.

La seduta è sospesa.

ORE 12.20 UHR

ORE 15.50 UHR

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Punto 17) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 291/78: **"Proroga dell'efficacia della classificazione alberghiera 1977/78"**."

Punkt 17 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 291/78: **"Verlängerung der Wirksamkeit der gastgewerblichen Einstufung 1977/78"**."

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

SPÖGLER (Assessor für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP): Sehr geehrte Herren Abgeordnete! Die Einstufung der gastgewerblichen Beherbergungsbetriebe wird auf gesamtstaatlicher Ebene vom Gesetz vom 30. Dezember 1937, Nr. 2651, geregelt, so daß die entsprechenden Bestimmungen schon seit Jahren als nicht mehr zeitgemäß angesehen werden.

Aus diesem Grunde soll, im Einvernehmen mit den übrigen Regionen, die Einstufung der Gastbetriebe mit einem eigenen, im kommenden Jahr zu erlassenden Landesgesetz neu geregelt werden.

Da die auf Grund der geltenden Bestimmungen für die Zweijahresperiode 1977/8 gültige Einstufung am 31.12.1978 verfällt, müßte im Sinne des erwähnten Staatsgesetzes noch im Laufe des heurigen Jahres die Einstufung für die Zweijahresperiode 1979/80 erfolgen. In der Erwägung, daß im kommenden Jahr ohnehin ein neues Landes-Einstufungsgesetz verabschiedet werden wird, kann durch die von diesem Gesetzentwurf vorgesehene Verlängerung der Wirksamkeit

der gastgewerblichen Einstufung bis zur Anwendbarkeit des neuen Landesgesetzes die zeitraubende und wegen der veralteten Kriterien auch fragwürdige Revision erspart werden.

Dieser zur Genehmigung vorgelegte Gesetzentwurf bringt für die Gastbetriebe keinerlei Nachteile mit sich, da trotz der verlängerten Wirksamkeit eventuell erforderliche Änderungen der Einstufung vorgenommen werden können.

Egregi signori consiglieri, la classifica degli esercizi alberghieri è regolata, sul piano nazionale, dalla legge 30 dicembre 1937, n. 2651, le cui disposizioni già da anni sono state riconosciute superate dai tempi.

Per questi motivi nel corso dell'anno 1979 dovrebbe essere emanata, d'intesa con le altre regioni, un'apposita legge provinciale che regoli la materia della classifica alberghiera.

Poichè la classifica valida per il biennio 1977/78 in base alle vigenti disposizioni cessa di aver vigore con il 31 dicembre 1978, si dovrebbe provvedere, ai sensi della citata legge, ancora nel corso di quest'anno alla classifica per il biennio 1979/80. In considerazione del fatto che nel prossimo anno sarà comunque emanata una nuova legge provinciale sulla classifica alberghiera, con la proroga prevista dal presente disegno di legge si evita la prescritta revisione, che richiederebbe molto tempo e che a causa dei criteri oramai superati sarebbe del resto di dubbio valore.

Il disegno di legge in esame non comporta alcuno svantaggio per le aziende alberghiere, perchè nonostante la prevista proroga potranno essere effettuate delle variazioni di classifica eventualmente necessarie.

PRESIDENTE: La parola alla terza Commissione legislativa per la lettura della relazione.

LADURNER-PARTHANES (SVP): Die dritte Gesetzgebungskommission hat in ihrer Sitzung vom 28.6.1978 dem gegenständlichen Gesetzentwurf einstimmig ihr positives Finanzgutachten abgegeben.

PRESIDENTE: Dichiaro aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? La parola al consigliere Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (SPS): In dem Begleitbericht zu diesem Gesetzentwurf wird darauf hingewiesen, daß im kommenden Jahr ohnehin ein neues Landeseinstufungsgesetz verabschiedet werden wird. Das haben Sie uns schon mindestens zweimal in dieser Legislaturperiode versprochen.

Ich glaube, es ist jetzt das dritte Mal, daß dieses Verlängerungsgesetz vorgelegt wird und jedes Mal wird es wieder auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben.

Weiters sagen Sie, daß dieses Gesetz keine Nachteile für die Gastbetriebe mit sich bringt, wenn schon das neue Gesetz noch nicht kommt. Ich nehme schon an, daß dies der Grund dafür ist, warum Sie vor den Wahlen kein neues Landeseinstufungsgesetz gemacht haben. Denn wer die Mate-

rie des Fremdenverkehrs kennt, müßte diese neuen Einstufungen und Kriterien bringen, wenn man es objektiv macht. Deshalb bin ich der Meinung, daß man vor den Landtagswahlen ein solches Gesetz nicht gerne macht, denn als zuständiger Landesrat möchten Sie doch sicher als Spitzenkandidat von diesen Kreisen und Verbänden getragen werden. Deshalb sagen Sie ja wohl auch, daß man das im nächsten Jahr machen wird. Nur aus dieser Sicht ist es für mich verständlich, daß Sie es immer wieder vertagt haben. Aber ich frage auch zugleich, warum das nicht längst geschehen ist, wenn die Kompetenzen dafür da sind.

Sie weisen auch selbst auf diese Kompetenzen hin und deshalb frage ich mich, warum man diese Kompetenzen nicht ausnützt und das Gesetz schon früher gebracht hat, weil man ja weiß, daß es wichtig ist. Man sieht es also nur wahltaktisch, davon hängt es ab, wann welches Gesetz kommt und nicht von der Notwendigkeit für die Fremdenverkehrswirtschaft.

Dann nützt alles nichts, wenn man große Summen für Werbung ausgibt, wenn man weiß, daß in der Sparte der Kategorie, der Versorgung der Gäste bei den Preisen nicht immer sehr wahrheitsgetreu gehandelt wird.

Ich finde, daß es sehr notwendig wäre, diese Materie mit einem Gesetz klar zu definieren, damit hätte man nicht mehr warten sollen. Ich sehe es jedenfalls so und ich bin Ihnen schon im Voraus dankbar, wenn Sie mir dazu Erklärungen und Informationen geben können.

SPÖGLER (Assessor für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP):
Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Kollegen Erschbaumer auf seine Intervention hin sagen, daß mit diesem Gesetzentwurf in keiner Weise wahltaktische Aspekte verbunden sind. Es stimmt auch nicht, daß ich einen solchen Gesetzentwurf schon einige Male in den Landtag gebracht hätte, Kollege Erschbaumer verwechselt diesen Gesetzentwurf mit anderen, die effektiv schon dreimal in den Landtag gekommen sind. Mit diesen Gesetzentwürfen sollte die Verlängerung der Vinkulierung der gastgewerblichen Zweckbestimmung erreicht werden. Aber ich habe in den letzten Jahren keine Gesetzentwürfe hier eingebracht, mit denen eine Verlängerung der Klassifizierung der Hotelbetriebe erreicht werden sollte. Die Klassifizierung ist bisher ohne gesetzliche Abänderung geblieben und ist nach den alten Kriterien vorgenommen worden, die aus dem Jahre 1937 stammen und daher veraltet sind. Wir müssen unsere gastgewerblichen Betriebe nach neuen Kriterien endlich einstufen.

Kollege Erschbaumer meint, daß wir die diesbezüglichen Kompetenzen bereits seit einiger Zeit haben und wir sollten also auch endlich diese Kompetenzen wahrnehmen. Dazu möchte ich sagen, daß gerade in meinem Assessorat ziemlich viele neue Kompetenzen dazu gekommen sind, daß wir uns im Rahmen der Verfügbarkeit des Personals außerordentlich anstrengen, die Gesetzentwürfe in den Landtag zu bringen.

Ich möchte aber besonders darauf hinweisen, daß im Zusammenhang mit der Klassifizierung von Hotelbetrieben Gespräche auf nationaler Ebene mit den Vertretern anderer Regionen seit Jahren stattgefunden haben, damit

man in allen Regionen Italiens zumindest ähnliche Klassifizierungskriterien findet.

Diese Besprechungen haben seit 2 Jahren stattgefunden und sind erst vor Kurzem zum Abschluß gelangt. Wir waren nicht in der Lage, in den letzten Monaten einen so umfassenden Gesetzentwurf dem Landtag vorzulegen. Sie können sicher sein, daß ich überhaupt keine Angst hätte, dem Landtag einen Gesetzentwurf bezüglich der Neueinstufung der Hotelbetriebe vorzulegen im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen. Denn selbst die Gastwirte warten schon seit längerer Zeit auf ein neues Einstufungsgesetz, das ihnen ja in keiner Weise Nachteile bringt, sondern nur die Betriebe endlich einstuft, wie sie eingestuft werden sollen. Aber dies muß im Sinne von modernen Kriterien geschehen und dies können nicht mehr die Kriterien von 1937 sein. Das ist ein umfassendes Gesetzeswerk, das mit 40-50 Artikeln ausgearbeitet werden muß.

Wir waren einfach nicht in der Lage, diesen Gesetzentwurf Ihnen noch vorzulegen. In erster Linie, weil die ausreichende Anzahl an Mitarbeitern fehlt und auch deshalb, weil wir mit anderen Regionen Kontakte aufgenommen haben, viele Besprechungen geführt haben und wir sind erst vor Kurzem zu einem positiven Abschluß dieser Beratungen gelangt.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

Dr. LUIS DURNWALDER

VORSITZ DES VICEPRÄSIDENTEN:

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Keine. Die Generaldebatte ist geschlossen. Ich lasse über den Übergang zur Sachdebatte abstimmen: einstimmig genehmigt.

Art. 1

La classificazione degli alberghi, delle pensioni e delle locande in vigore nella provincia autonoma di Bolzano-Alto Adige per il biennio 1977-1978, ai sensi del R.D.L. 18 gennaio 1937, n. 975, convertito in legge 30 dicembre 1937, n. 2651, e successive modifiche, è prorogata a tutti gli effetti per il biennio 1979-80.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab über Art. 1: mit Stimmenmehrheit bei einer Enthaltung genehmigt.

Art. 2

Le norme attualmente vigenti in materia saranno applicate fino a diversa disciplina da emanarsi con legge provinciale entro il biennio 1979-180.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab über Art. 2: mit Stimmenmehrheit bei einer Enthaltung genehmigt.

Erklärungen zur Stimmabgabe? Keine. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. Prof. DECIO MOLIGNONI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

Esito della votazione: schede consegnate 22, sì 21, schede bianche
1. La legge è approvata.

Punto 18) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 262/78/bis: "Istituzione di corsi di preparazione professionale per assistenti geriatrici e familiari".

Punkt 18 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 262/78/bis: "Einführung von Lehrgängen zur beruflichen Ausbildung der Alten- und Familienhelfer".

Si tratta di una legge rinviata dal Governo e fatta propria dalla Commissione. la relazione viene letta dall'avv. Bertorelle.

BERTORELLE (DC): Il disegno di legge provinciale "Istituzione di corsi di preparazione professionale per assistenti geriatrici e familiari", approvato dal Consiglio provinciale in data 19.4.1978, è stato rinviato dal Governo con nota del 18.5.1978, prot. n. 5689/Gab. del Commissario del Governo per la provincia di Bolzano.

Il Governo osserva innanzitutto che la norma contenuta nei commi 2. e 3. dell'art. 8, "traducendosi in un riconoscimento di titoli di studio e abilitazioni conseguiti all'estero, esorbita dalla competenza provinciale e interferisce nella specifica competenza in materia riservata allo Stato". A tal riguardo si ritiene che la Provincia, in base alle proprie competenze legislative e amministrative in materia di addestramento e formazione professionale, sia legittimata a riconoscere attestati di qualifica professionale - e quindi non di titoli di studio si tratta - conseguiti all'estero, limitando l'efficacia del riconoscimento stesso allo stretto ambito provinciale, ai soli cittadini italiani residenti in provincia e nei limiti del fabbisogno dei servizi.

Trattasi in questo caso, come già detto, di un chiaro intervento nell'ambito della formazione professionale, benchè peraltro anche nel campo delle professioni parasanitarie esista un precedente nel riconoscimento di titoli conseguiti all'estero (vedi L.P. 23.10.1975, n. 52, art. 6).

Per tutto ciò si ritiene la norma rientrante nelle competenze provinciali e non lesiva della sfera di competenza statale e si propone la riapprovazione nel testo originario.

La seconda osservazione del Governo si riferisce alla asserita illegittimità del provvedimento in relazione all'art. 81 della Costituzione, in quanto la legge comporterebbe "nuove e maggiori spese senza indicare i mezzi per farvi fronte". A tale proposito si fa notare che l'intervento della legge, rientrando i corsi nell'ambito della formazione professionale di cui al D.P.G.P. 17.10.1975, n. 49, e quindi del programma annuale dei corsi organizzati dalla Provincia in tale settore, tiene conto della disponibilità già prevista per la formazione professionale nel bilancio provinciale. Si è comunque tenuto conto dell'osservazione governativa aggiungendo a tal fine un articolo specifico.

Riguardo all'osservazione del Governo sulla disposizione di cui all'ultimo comma dell'articolo 5, per quanto concerne il tirocinio pratico degli operatori "assistenti geriatrici e familiari" in servizi ospedalieri, è evidente che non si intende di far acquisire ai medesimi cognizioni proprie della professione dell'infermiere, quanto di metterli a contatto diretto con le particolari necessità, riferite alla persona e non tanto alla salute, che l'anziano avverte quando è ricoverato in strutture ospedaliere. Per questo si ritiene che detta disposizione non sia possibile di censura sotto il profilo della legittimità, e se ne raccomanda la riapprovazione nel testo originario.

Der Landesgesetzesvorschlag "Einführung von Lehrgängen zur beruflichen Ausbildung der Alten- und Familienhelfer", der vom Landtag am 19.4.1978 genehmigt worden ist, wurde von der Regierung mit Mitteilung des Regierungskommissars für die Provinz Bozen vom 18.5.1978, Prot. Nr. 5689/Gab. rückverwiesen.

Die Regierung bemerkt vor allem daß die im 2. und 3. Absatz des Art. 8 enthaltene Bestimmung "der Anerkennung von im Ausland erworbenen Studientitel und Bescheinigungen, die Landeskompetenz überschreitet und in die spezifische Kompetenz einer dem Staat vorbehaltenen Materie eingreift". Diesbezüglich herrscht die Überzeugung, daß das Land aufgrund der eigenen gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Kompetenz auf dem Gebiet der Berufsausbildung, ermächtigt ist im Ausland erworbene Berufstitel - es handelt sich also nicht um Studientitel - anzuerkennen, wobei sich die Wirksamkeit der Anerkennung auf das Territorium des Landes beschränkt, nur in der Provinz ansässige Staatsbürger betrifft und im Rahmen des Bedarfes der Dienste erfolgt.

Es handelt sich in diesem Fall, wie bereits gesagt, um eine klare Maßnahme auf dem Sektor der Berufsausbildung, obwohl übrigens auch auf dem Sektor der parasanitären Berufe ein Präzedenzfall über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufstiteln besteht (siehe L.G. vom 23.10.1975, Nr. 52, Art. 6). Aus diesen Gründen wird die Bestimmung als in die Zuständigkeit des Landes fallend angesehen; daher wird die Sphäre der staatlichen Kompetenz nicht verletzt und es wird die erneute Genehmigung des ursprünglichen Textes vorgeschlagen.

Die zweite Bemerkung des Staates bezieht sich auf die behauptete Ungesetzlichkeit der Maßnahme in Bezug auf Art. 81 der Verfassung, weil das

Gesetz "neue und höhere Ausgaben ohne Angabe der dazu nötigen Mittel" vorsieht. Dazu wird darauf hingewiesen, daß die vom Gesetz vorgesehenen Eingriffe, die in das mit D.P.L.A. vom 17.10.1975, Nr. 49 geregelte Gebiet der Berufsausbildung fallen und daher Teil des Jahresprogrammes der vom Land auf diesem Sektor durchgeführten Lehrgänge sind und der bereits für die Berufsausbildung im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel Rechnung trägt. Die Bemerkungen der Regierung wurden jedoch berücksichtigt und es wurde ein eigener diesbezüglicher Artikel eingefügt.

Was die Bemerkung der Regierung über die im letzten Absatz des Art. 5 angeführte Bestimmung bezüglich des Praktikums der "Alten- und Familienhelfer" "in Krankenhausdiensten" betrifft, ist klar, daß diese sich nicht berufsspezifische Kenntnisse der Krankenschwester aneignen sollen; vielmehr sollen sie in direkten Kontakt kommen mit den besonderen Bedürfnissen nicht so sehr des alten Menschen als Patient, als viel mehr des alten Menschen als Person, die im Krankenhaus untergebracht ist. Daher scheint diese Bestimmung in keiner Weise ungesetzlich zu sein und es wird die erneute Genehmigung des ursprünglichen Textes vorgeschlagen.

PRESIDENTE: La parola alla prima Commissione legislativa per la relazione orale.

BERTORELLE (DC): La prima Commissione legislativa si è riunita per esaminare il disegno di legge in oggetto o lo ha approvato all'unanimità.

PRESIDENTE: La parola alla terza Commissione legislativa per la relazione orale.

MITOLO (MSI-DN): La terza Commissione legislativa si è riunita per esaminare il disegno di legge in oggetto e lo ha approvato all'unanimità.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Nessuno. La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato all'unanimità.

Art. 1

La Giunta provinciale è autorizzata ad istituire e a gestire corsi di formazione per assistenti geriatrici e familiari nell'ambito della formazione professionale di cui al testo unico delle leggi provinciali sullo sviluppo della formazione professionale approvato con decreto del Presidente della Giunta provinciale 17 ottobre 1975, n. 49.

La Giunta provinciale può, altresì, autorizzare e finanziare eventuali analoghi corsi istituiti e gestiti da enti pubblici e privati nell'ambito del territorio provinciale.

Chi chiede la parola sull'art. 1? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 1: approvato all'unanimità.

Art. 2

Fine dei corsi di cui al precedente art. 1 è la formazione professionale dell'assistente geriatrico e familiare. L'assistente geriatrico e familiare deve essere in possesso delle conoscenze teorico-pratiche necessarie per operare in modo autonomo e responsabile in ogni settore o servizio di assistenza all'anziano o alla famiglia.

Chi chiede la parola sull'art. 2? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 2: approvato all'unanimità.

Art. 3

Per l'ammissione alla frequenza dei corsi di cui al precedente art. 1 i richiedenti devono:

- a) avere compiuto il 17.mo anno di età;
- b) essere in possesso del diploma della scuola d'obbligo.

Chi chiede la parola sull'art. 3? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 3: approvato all'unanimità.

Art. 4

La durata minima dei corsi è di un anno. Essi prevedono complessivamente non meno di 1600 ore di insegnamento, di cui il 50% dedicato alle lezioni teoriche e il rimanente 50% al tirocinio pratico. Per i frequentanti i corsi si applicano le provvidenze di cui al decreto del Presidente della Giunta provinciale 17 ottobre 1975, n. 49.

Chi chiede la parola sull'art. 4? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 4: approvato all'unanimità.

Art. 5

Le lezioni teoriche prevedono la trattazione obbligatoria delle seguenti materie:

- principi generali, organizzazione e funzionamento dei servizi sociali e sanitari;
- finalità contenuti e organizzazione dei servizi di aiuto domiciliare alla famiglia e all'anziano;
- elementi di psicologia generale, psicopatologia e psicigiene;
- elementi di sociologia generale, della famiglia e dell'anziano;
- nozioni generali di previdenza e assicurazioni sociali;
- nozioni generali sull'organizzazione dello Stato e degli enti locali;
- nozioni generali di diritto privato;
- nozioni generali di legislazione assistenziale;
- economia domestica e della comunità;
- elementi di igiene della persona e della casa;
- elementi di alimentazione e dietetica;

- elementi teorico-pratici di animazione, attivazione e terapia occupazionale dell'anziano;
- elementi di anatomia e fisiologia generale.

Tutte le materie di cui al primo comma sono trattate con specifica attenzione alle particolarità e alla problematica della famiglia e dell'anziano.

Il numero minimo di ore delle singole lezioni teoriche, i contenuti e l'articolazione delle singole materie sono fissati con delibera della Giunta provinciale.

Il tirocinio pratico si effettua mediante esercitazioni guidate in servizi per anziani, residenziali e domiciliari, in servizi di assistenza domiciliare alla famiglia e in servizi ospedalieri.

Chi chiede la parola sull'art. 5? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 5: approvato all'unanimità.

Art. 6

L'esame finale dei corsi comprende una prova scritta, una orale e un'esercitazione pratica e verte sulle materie trattate nelle lezioni teoriche e pratiche.

Le prove di esame si svolgono dinanzi ad una commissione composta da 5 esperti delle materie oggetto di esame, nominati dalla Giunta provinciale. Le modalità dell'esame saranno determinate con regolamento di esecuzione alla legge.

A quanti superano positivamente l'esame indicato nel comma precedente viene rilasciato l'attestato di qualifica di assistente geriatrico e familiare ai sensi e per gli effetti di cui all'art. 5 del D.P.R. 1 novembre 1973, n. 689. La relativa qualifica viene trascritta nel libretto di lavoro.

Chi chiede la parola sull'art. 6? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 6: approvato all'unanimità.

Art. 7

I corsi di cui alla presente legge sono organizzati preferibilmente presso istituzioni residenziali per anziani. Con apposita convenzione sono da definirsi i termini e i modi di collaborazione tra l'istituzione e la Provincia.

Chi chiede la parola sull'art. 7? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 7: approvato all'unanimità.

Art. 8

All'attestato di cui al precedente art. 6 sono equiparati gli analoghi titoli conseguiti in Italia.

Al fine di accelerare l'espansione delle strutture socio-sanitarie della provincia, la Giunta provinciale, previo parere della commissione pro-

vinciale per l'assistenza agli anziani, di cui all'articolo 17 della legge provinciale 30 ottobre 1973, n. 77, può autorizzare l'esercizio, limitato al territorio della provincia di Bolzano, della professione di assistente geriatrico e familiare da parte di cittadini italiani residenti in provincia stessa, che abbiano conseguito all'estero gli attestati di qualifica, ivi legalmente riconosciuti, concernenti la detta professione, nei limiti del fabbisogno dei servizi socio-sanitari della provincia, sentito il Ministro competente.

Per il parere di cui al comma precedente, la commissione provinciale per l'assistenza agli anziani verifica la corrispondenza degli attestati di qualifica conseguiti all'estero ai presupposti indicati nella presente legge.

Chi chiede la parola sull'art. 8? La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Questo mi pare sia l'articolo che ha formato oggetto del provvedimento di rielezione da parte del Governo. Noi lo ripresentiamo pari-pari. Non voglio dire che questo sia un atto di sfida al Governo, ma non credo che da un punto di vista di politica generale sia un atto molto buono e destinato ad avere successo.

Domando, se non era il caso di inserire un emendamento in cui si prospetta una norma di convalida degli attestati conseguiti all'estero e non il semplice riconoscimento. Come si fa per certi attestati di laurea e diplomi si fa una commissione di convalida dei diplomi conseguiti all'estero. Penso che ciò potrebbe ovviare alle eventuali osservazioni del Governo e porci nella condizione di ottenere la convalida effettiva della legge, perchè altrimenti, non vedo come il Governo, che ha espresso un categorico parere respingendo questa legge, oggi, a distanza di pochi mesi, si rimangi la propria posizione, il proprio punto di vista e quindi noi poi saremo costretti a ricorrere alla Corte Costituzionale, che allunga notevolmente il tempo di entrata in vigore di questa legge, di cui tutti valutiamo l'importanza e sentiamo la necessità per i problemi di cui tutti siamo a conoscenza.

Domando quindi, se non è il caso di presentare un emendamento da parte della Giunta, in caso contrario mi asterrò dal votare questo articolo.

PASQUALIN (Assessore alle finanze e commercio - DC): Abbiamo esaminato il discorso che è stato espresso in questo momento e rifacendoci anche ad alcune esperienze del passato, perchè questa norma era già stata precedentemente riconosciuta in una legge approvata dal Consiglio la n. 52, l'art. 6 del 1975. Abbiamo successivamente approvato un'altra legge, la n. 260/78, circa la disciplina della fecondazione artificiale degli animali, dove in diversi momenti riteniamo che il titolo di cui si parla sia legato soprattutto al problema della formazione professionale. E' quindi una competenza che ha direttamente la Provincia. Ecco il motivo

per cui, pur avendo approfondito il discorso ed anche avendo esaminato l'opportunità di parlare di nostrificazione, abbiamo ritenuto proprio di insistere per una verifica, al limite anche costituzionale, perchè queste leggi, secondo il parere della Giunta, sono certamente di competenza della Provincia, dato che si tratta di formazione professionale e non di un titolo di studio, che richiede la nostrificazione vera e propria. Quindi, è stato fatto un esame abbastanza approfondito. Non giurerei in assoluto che il Governo possa cambiare parere, però è vero che sui temi di carattere scolastico e culturale la competenza è dello Stato, ma la competenza della formazione professionale è della Provincia. Da qui la motivazione di insistere sull'art. 8.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'art. 8? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 8: approvato a maggioranza con un'astensione.

Art. 9

Norma transitoria

Coloro ai quali, avendo superato l'esame fiscale, sia stato rilasciato il certificato di frequenza ai corsi per assistenti geriatrici organizzati dalla Giunta provinciale fino al 30 giugno 1979, hanno titolo per richiedere il rilascio dell'attestato di qualifica di assistente geriatrico e familiare di cui al terzo comma del precedente art. 6.

Chi chiede la parola sull'art. 9? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 9: approvato all'unanimità.

Art. 10

Alle spese per il funzionamento dei corsi di cui all'art. 1, previste nella misura annua massima di lire 30 milioni, e per le provvidenze di cui all'art. 4, previste nella misura annua massima di lire 10 milioni, si provvede per l'anno in corso con l'utilizzo degli stanziamenti iscritti rispettivamente ai cap. 430 e 445 dello stato di previsione della spesa per l'anno finanziario 1978, che presentano la disponibilità occorrente.

Chi chiede la parola sull'art. 10? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 10: approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuzione delle schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 21, sì 19, schede bianche 2. La legge è approvata.

Punto 19) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 292/78: **Modifica alla legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41: co-**

munità comprensoriali, istituzione degli organi consultori nella materia del turismo e soppressione dell'ente provinciale per il turismo".

Punkt 19 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 292/78: "Änderung des Landesgesetzes vom 6. September 1976, Nr. 41: Rechtsordnung der Fremdenverkehrsorganisationen, Übertragung von Befugnissen an die Bezirksgemeinschaften, Errichtung der Beratungsorgane für Fremdenverkehr und Auflösung des Landesfremdenverkehrsamtes".

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

SPÖGLER (Assessor für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP): Sehr geehrte Herren Abgeordnete! Mit dem Landesgesetz vom 6. September 1976, Nr. 41, wurde unter anderem das Landesfremdenverkehrsamt aufgelöst, wobei die entsprechenden Befugnisse an die Autonome Provinz Bozen übertragen wurden.

Um eine reibungslose Durchführung der Förderungs- und Werbemaßnahmen auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs zu gewährleisten, wurde die Sonderdienststelle mit autonomer Verwaltung und Haushaltsgebarung "Landesverkehrsamt" errichtet.

Auf Grund der Erfahrungen nach dem ersten Tätigkeitsjahr des Landesverkehrsamtes wurde jedoch die Notwendigkeit erkannt:

- 1) an den Bestimmungen, die die Arbeitsweise des Amtes regeln, einige Änderungen vorzunehmen, um eine noch größere Bewegungsfreiheit zu ermöglichen, wie sie für eine auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung tätige Verwaltung erforderlich ist, sowie um einige Auslegungszweifel am Gesetzestext auszuräumen;
- 2) das Gesetz hinsichtlich jener Gesichtspunkte, die nicht geregelt wurden, zu vervollständigen.

Im einzelnen wird mit diesem Gesetzentwurf ausdrücklich festgehalten, daß dem Direktor des Amtes das beschließende Stimmrecht zusteht, wenn er bei Abwesenheit oder Verhinderung des Landesrates für Fremdenverkehr den Vorsitz des Verwaltungsrates übernimmt.

Weiters werden die Befugnisse des Vorsitzenden genauer festgelegt, indem ihm unter anderem unmißverständlich jene Zuständigkeiten zuerkannt werden, die das Gesetz nicht ausdrücklich dem Verwaltungsrat vorbehält. Der Verwaltungsrat erhält die Zuständigkeit zur Festsetzung einer Amtsentschädigung an das Kollegium der Rechnungsprüfer.

Es müssen ferner Krediteröffnungen zugunsten von beauftragten Beamten zur Bezahlung aller mit den institutionellen Aufgaben des Amtes zusammenhängenden Ausgaben zugelassen werden, da es sich ja lediglich um die Durchführung der vom Verwaltungsrat genehmigten Programme handelt. Außerdem wird die Möglichkeit der Ernennung von Stellvertretern des Präsidenten und des Amtsdirektors zur Unterzeichnung der entsprechenden Gutschriftenanweisungen vorgesehen.

Schließlich wird dem Amtsdirektor die Befugnis zuerkannt, im Auftrag des Vorsitzenden Verträge abzuschließen, und es werden auch die Obliegenheiten bei der Auszahlung der Ausgaben genauer festgelegt.

Der vorliegende, zur Genehmigung vorgeschlagene Gesetzentwurf wird es dem Landesverkehrsamt ermöglichen, die ihm anvertrauten Aufgaben zur Fremdenverkehrswerbung für Südtirol besser durchzuführen.

Egregi signori consiglieri, con la legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41, è stato tra l'altro soppresso l'Ente provinciale per il turismo di Bolzano con trasferimento delle relative competenze alla Provincia autonoma di Bolzano.

Per assicurare un'agile gestione delle attività promozionali e pubblicitarie nel settore turistico, è stata istituita l'azienda speciale "Ufficio provinciale per il turismo" dotata di autonomia amministrativa e contabile.

Sulla base dell'esperienza del primo anno di vita dell'Ufficio provinciale per il Turismo si è però avvertito la necessità:

- 1) di apportare qualche modifica alle norme che ne regolano il funzionamento per consentire una ancora maggiore agilità, necessaria per un'amministrazione che opera nel campo della promozione economica, nonché per eliminare qualche dubbio di carattere interpretativo del testo di legge;
- 2) di integrare la legge relativamente agli aspetti che non erano stati disciplinati.

In particolare nel presente disegno di legge viene espressamente precisata l'attribuzione del voto deliberante al Direttore dell'Ufficio quando assume la presidenza del Consiglio in caso di assenza o impedimento dell'Assessore per il turismo.

Inoltre vengono meglio precisate le competenze del Presidente, attribuendogli, tra l'altro, in modo esplicito quelle competenze che la legge non riserva espressamente al Consiglio di amministrazione. Al Consiglio di amministrazione è attribuita anche la competenza di fissare una indennità di carica per il collegio dei revisori.

Vengono ammesse aperture di credito a favore di funzionari delegati per l'effettuazione di qualsiasi spesa rientrante nei compiti istituzionali dell'Ufficio, trattandosi di spese che vengono effettuate in attuazione dei programmi approvati dal Consiglio di amministrazione. Viene anche prevista la possibilità di nominare dei sostituti del Presidente e del Direttore per la firma dei relativi ordini di accreditamento.

Infine viene attribuito al Direttore il compito di stipulare i contratti, su delega del Presidente e vengono maggiormente precisati i compiti nella fase di liquidazione della spesa.

L'allegato disegno di legge di cui si propone l'approvazione consentirà all'Ufficio provinciale per il turismo di esplicare più efficacemente i compiti che gli sono attribuiti per promuovere il momento turistico dell'Alto Adige.

PRESIDENTE: La parola alla terza Commissione legislativa per la relazione orale.

MITOLO (MSI-DN): La terza Commissione legislativa si é riunita il giorno 29/6, per esaminare il disegno di legge in oggetto e lo ha approvato all'unanimità.

PRESIDENTE: Dichiaro aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Nessuno. La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato all'unanimità.

Art. 1

La lett. b) del terzo comma dell'art. 8 della legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41, è sostituita dalla seguente:

"b) il regolamento del personale sotto l'aspetto giuridico ed economico, nonché i provvedimenti in materia di personale ad esso attribuito dal regolamento medesimo".

Chi chiede la parola sull'art. 1? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 1: approvato all'unanimità.

Art. 2

Il secondo comma dell'art. 41, della legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41, è sostituito dal seguente:

"Partecipa alle riunioni, con voto consultivo, il direttore dell'ufficio, che, in caso di assenza o impedimento dell'Assessore per il turismo, assume la presidenza del consiglio con voto deliberante".

Chi chiede la parola sull'art. 2? La parola al consigliere Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (SPS): Mit diesem Art. 2 wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß auch der Direktor den Vorsitz führen kann, wenn der zuständige Landesrat verhindert ist. Somit wird eine halbe Position geschaffen.

Ich habe schon immer die Meinung vertreten, daß zwar wir im Landtag die Gesetze verabschieden, dann aber muß die Verwaltung das Gesetz auch durchführen, damit auch nicht selbst der Landesrat überall den Vorsitz führen muß. Hier wird der Erweis erbracht, daß auch der Direktor den Vorsitz führen kann. Dies natürlich nur, wenn der Assessor verhindert ist. Es wird aber gesagt und ich nehme es auch an, daß in diesem Fall Dr. Wenter kein schlechterer Vorsitzender sein wird als Landesrat Spögler. Ich bin auch der Meinung, daß man es ruhig einführen sollte, daß der Landesrat seiner Arbeit nachgeht und immer der Direktor den Vorsitz führen sollte. Denn hiermit ist bewiesen, daß der Landesrat nicht einem anderen Mitglied dieses Gremiums seinen Platz abtritt, sondern dem Direktor. In

Wirklichkeit sollte es eigentlich so sein, daß das Gremium selbst den Vorsitz führt und dann das Gesetz auch durchführt.

Nachdem dieses Prinzip hier nur angewendet wird, wenn der Landesrat nicht Zeit hat, stimme ich diesem Artikel nicht zu. Denn ich bin grundsätzlich der Meinung, daß nicht die Landesräte diese Funktion als Vorsitzende ausüben sollten, sondern daß man Verwaltung und Politik trennen sollte. Und wenn wir in Südtirol eine ordentliche Ämterordnung auf die Beine bringen wollen, dann müßten wir bei den Gesetzen beginnen, daß dies nämlich getrennt wird.

Wir kennen dies von der Verwaltung in Nordtirol, dort wird es so gemacht. Ich hätte viel lieber, wenn man in diesem Gesetz festlegt, daß der Direktor mit Stimmrecht den Vorsitz führt, ohne daß man als Begründung dafür die Verhinderung des Landesrates nennt. Das wollte ich erklären und warum ich diesem Artikel nicht zustimme.

SPÖGLER (Assessor für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP): Ich möchte Herrn Erschbaumer nur kurz sagen, daß er diese Bemerkungen im Jahre 1976 hätte machen müssen, als wir dieses Gesetz verabschiedet haben. Ich kann mich nicht erinnern, daß er damals gegen diesen Artikel gestimmt hätte oder vorgeschlagen hätte, daß der Landesrat nicht Vorsitzender des Verwaltungsrates sein dürfte. Wir ändern nichts mit diesem Art. 2, es bleibt alles beim Alten, ich war schon bisher Vorsitzender des Verwaltungsrates des Landesverkehrsamtes, es ändert sich mit diesem Art. 2 ausschließlich der Umstand, daß der Direktor, wenn er den Vorsitz führt, auch eine beschließende Stimme in dieser Sitzung hat. Darin besteht der Inhalt der Änderung, daß der Vorsitz führende Direktor auch mitstimmen kann.

Ich möchte nicht weiter auf Ihre Ausführungen eingehen, denn ich bin nicht Ihrer Meinung, daß nach der Verabschiedung der Gesetze hier im Landtag nur die Beamten für die Durchführung der Gesetze zu sorgen haben.

Ich finde, ein Landesrat ist auch ein Verwalter und er muß sich um die Verwaltung kümmern. Es ist auch bei den meisten Verwaltungsräten der Fall, daß der zuständige Landesrat auch Vorsitzender der jeweiligen Kommission ist, denn sonst verliert er wirklich den Zusammenhang mit der Verwaltung und er weiß nicht Bescheid über das, was in der Verwaltung vor sich geht. Dafür braucht er sicherlich sehr viel Zeit, aber das ist sein Problem, wenn er die Zeit dafür opfern will, um bei allen Sitzungen anwesend zu sein, um in allen Belangen wirklich informiert zu sein, um dann auch die Verantwortung über ein Assessorat übernehmen zu können.

NEUHAUSER (SVP): Ich verstehe es nicht, daß Kollege Erschbaumer zwar findet, daß es ein Fortschritt ist, wenn der Direktor in Abwesenheit vom Landesrat das Stimmrecht hat, dann aber gegen den Artikel stimmt.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'art. 2? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 2: approvato a maggioranza con un voto contrario ed un'astensione.

Art. 3

L'art. 43 della legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41, è sostituito dal seguente:

"Il presidente del consiglio di amministrazione ha la legale rappresentanza dell'ufficio, convoca il consiglio di amministrazione, impegna e ordina le spese, emana gli atti occorrenti al regolare funzionamento dell'ufficio, vigila sull'esecuzione dei provvedimenti deliberati dal consiglio di amministrazione. Egli adotta, inoltre, in caso di urgenza e necessità, provvedimenti di competenza del consiglio di amministrazione, da sottoporre alla ratifica del consiglio nella adunanza successiva, nonché tutti i provvedimenti non espressamente attribuiti alla competenza del consiglio".

Chi chiede la parola sull'art. 3? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 3: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 4

All'art. 44 della legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41, è aggiunto il seguente quinto comma:

"Ai membri del collegio dei revisori spetta, inoltre, un'indennità di carica che viene fissata per ogni esercizio finanziario dal consiglio di amministrazione dell'ufficio. Resta fermo il divieto fatto dall'art. 2 della legge provinciale 12 luglio 1974, n. 2".

Chi chiede la parola sull'art. 4? La parola al consigliere Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (SPS): In der letzten Legislaturperiode war ich Mitglied des Verwaltungsrates des Landesfremdenverkehrsamtes. Damals war nicht der Landesrat der Vorsitzende, sondern der heutige Bürgermeister von Brixen Giacomuzzi, der Landesrat war zwar Mitglied, aber ich habe ihn nie bei den Sitzungen gesehen. Er behauptet aber jetzt, daß er immer bei den Sitzungen anwesend sein muß, damit er weiß, was da geschieht. Es muß sich also die Situation geändert haben. Früher stand es aber auch nur unter Aufsicht des Landes und jetzt ist es mit Gesetz an das Land übergegangen.

Ich bin aber nicht damit einverstanden, daß die Höhe der Entschädigung direkt von diesem Gremium, dem Kollegium der Rechnungsprüfer, beschlossen wird. Bei Sitzungsgeldern etc. haben wir doch fixe Beträge festgelegt und ich finde, auch dabei sollte man einen fixen Betrag festsetzen.

Ich habe Verständnis dafür, daß man autonom die Höhe der Beträge festlegt, wo das Land nur die Aufsicht hat und noch eine autonome Körper-

schaft dahintersteht. Aber dies ist eine Landeseinrichtung und da sollte man nicht einfach seitens dieses Gremiums die Höhe selbst bestimmen können. Ich bin dagegen, daß dies so gemacht wird. Wenn jemand nicht um diesen Betrag als Rechnungsprüfer arbeiten will, wird man sicher andere finden. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, es wäre besser, denn dann wären es nicht immer dieselben. Wir kennen Leute, die in 20 oder 30 Verwaltungsräten sind, es sind also immer dieselben. Es wäre also viel besser, einen festen Betrag vorzusehen, dann werden sich auch diejenigen interessieren, die mit weniger zufrieden sind. Ich stimme bei diesem Artikel, wenn er nicht geändert wird, jedenfalls dagegen.

SPÖGLER (Assessor für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP): Herr Kollege Erschbaumer, der Präsident des Kollegiums der Rechnungsprüfer muß laut Gesetz ein Vertreter des Rechnungshofes sein.

Der Vertreter des Rechnungshofes im Kollegium der Rechnungsprüfer hat einen Einwand gemacht, aus dem hervorgeht, daß weder der Landtag noch die Landesregierung aufgrund des Bürgerlichen Gesetzbuches Art. 2042 zuständig sind, die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Kollegiums der Rechnungsprüfer bei Sonderverwaltungen festzulegen. Laut dieses zitierten Artikels des Bürgerlichen Gesetzbuches ist ausschließlich der Verwaltungsrat zuständig, die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Kollegiums der Rechnungsprüfer festzulegen. Aus diesem Grunde haben wir diese Änderung vorgenommen und ich glaube, daß wir damit nur einer gesetzlichen Bestimmung Genüge tun und hier gar nicht anders beschließen könnten.

ERSCHBAUMER (SPS): Es ergibt sich hier die Frage, ob noch weitere Bestimmungen von Seiten des Landes ein Hindernis sind, autonom zu entscheiden. Wie ist es z.B. bei der RAS? Wenn man schon etwas macht, müßte man es doch grundsätzlich machen, das Bürgerliche Gesetzbuch ist ja nicht nur für den Fremdenverkehr da, sondern auch für andere Sparten. Man müßte also eine generelle Regelung treffen, die grundsätzlich aussagt, was zu geschehen hat. Man kann nicht einerseits mit Gesetz die Beträge festsetzen und andererseits diesen Gremien autonome Entscheidungsbefugnisse lassen. Aber wenn wir als Landtag den Haushalt beschließen, also Ausgaben von 400 Milliarden und wir geben der Landesregierung die Kompetenzen zu diesen Ausgaben, dann müssen wir auch die Kompetenz haben, die Beträge in diesem Fall festzulegen. Bis auf Widerruf vertrete ich diese Meinung und deshalb bleibt es bei meiner Nein-Stimme.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'art. 4? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 4: approvato a maggioranza con 2 voti contrari ed un'astensione.

Art. 5

L'art. 47 della legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41, è sostituito dal seguente:

"Tutti i servizi comportanti acquisti, forniture, affitti, trasporti e altre prestazioni che riguardino i compiti istituzionali dell'ufficio possono venire eseguiti in economica tramite funzionari delegati.

Nell'ambito dei fondi stanziati sui singoli capitoli del bilancio di previsione deliberato dal consiglio di amministrazione, i funzionari delegati, sulla base del programma di attività e di previsioni di spesa, anche di massima, provvedono sotto la loro diretta responsabilità all'esecuzione dei servizi di cui al primo comma.

Ove le previsioni di spesa di cui al comma precedente siano di massima, il consiglio di amministrazione fisserà l'importo massimo per ogni singola spesa effettuabile dai funzionari delegati. Le spese eccedenti tale limite di importo dovranno essere preventivamente autorizzate dal presidente del consiglio di amministrazione e, in sua assenza o impedimento, dal direttore dell'ufficio.

Il pagamento delle spese dell'ufficio viene disposto:

- a) con mandati diretti;
- b) con aperture di credito autorizzate dal consiglio di amministrazione presso la tesoreria dell'ufficio alle quali si provvede mediante ordini di accreditamento a favore dei funzionari delegati.

Le aperture di credito possono essere disposte senza limiti di importo, ma non possono superare la disponibilità dello stanziamento dei singoli capitoli di bilancio.

Gli ordini di accreditamento sono firmati dal presidente del consiglio di amministrazione o da un suo sostituto e dal direttore dell'ufficio o da un suo sostituto. I sostituti incaricati della firma degli ordini di accreditamento sono nominati dal consiglio di amministrazione. Detti ordini di accreditamento devono indicare la somma che potrà essere prelevata dal funzionario delegato mediante emissione di buoni in proprio favore per i pagamenti in contanti e quella che dovrà essere utilizzata mediante emissione di ordinativi a favore dei creditori.

Ogni trimestre e, in ogni caso, al termine dell'esercizio o quando cessino le sue facoltà e anche quando ad esso subentri altro funzionario, il funzionario delegato deve sottoporre all'esame e all'approvazione del consiglio di amministrazione il conto delle somme erogate insieme con i documenti giustificativi".

Chi chiede la parola sull'art. 5? La parola al consigliere Sfondrini.

SFONDRINI (PSI): Vorrei chiedere all'Assessore, se al primo comma di quest'articolo, dove è prevista una modifica all'art. 47 dove si dice che tutti i servizi comportanti acquisti, forniture, affitti, trasporti ed altre prestazioni che riguardino i compiti istituzionali dell'ufficio

possono venire eseguiti in economia tramite funzionari delegati, è prevista anche la possibilità di pagamento per prestazioni eseguite da parte di persone. Cioè, voglio sapere se il funzionario delegato può, per esercitare le sue funzioni e quindi per il funzionamento dei servizi, assumere personale e pagarlo naturalmente.

Questa è una domanda che faccio all'Assessore, alla quale gradirei avere risposta.

PRESIDENTE: Assessore, se vuole rispondere risponda per bene, alzandosi in piedi e non recitando messa bassa.

Chi chiede ancora la parola? La parola per la seconda volta al consigliere Sfondrini.

SFONDRINI (SPI): So che stanno accadendo dei casi in cui, attraverso i funzionari delegati, anche in altre amministrazioni pubbliche, si riesce ad assumere del personale a tempo determinato, senza nessuna regola per l'assunzione e a discrezione di chi ha questo potere.

Non vorrei che ciò succedesse e adesso sto accertando in che misura ci si è serviti di questa possibilità, per provvedere all'assunzione di questo personale, che pur non essendo in ruolo viene pagato attraverso la via dei funzionari delegati, i quali avendo bisogno di determinate prestazioni possono assumere il personale necessario. La domanda l'ho fatta all'Assessore competente, perchè so che si è cominciato ad adottare questa via, che secondo me è illegittima.

SPÖGLER (Assessor für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP): Ich kann Kollegen Sfondrini antworten, daß das Landesverkehrsamt, seitdem es besteht, noch nie eine einzige Person für eine Saison-Arbeit aufgenommen hat, also für eine Beschäftigung, die auf einen bestimmten Zeitraum limitiert war.

Weiters hat ein delegierter Funktionär in keiner Weise, auch nicht im Sinne dieses Artikels, das Recht oder die Möglichkeit, Personal auch nur für einen Tag aufzunehmen. Er hat nur die Ausgaben zu tätigen, die vom Verwaltungsrat beschlossen worden sind. Die Aufnahme von Personal kann ausschließlich vom Verwaltungsrat beschlossen werden, nicht einmal vom Präsidenten, geschweige denn von einem delegierten Funktionär. Aber ich kann Ihnen sagen, daß wir nicht mehr wie in der Vergangenheit Saison-Personal zur Bewältigung von Arbeiten aufnehmen, sondern wir nehmen nur noch fixes Personal auf. Ich weiß nicht, ob Kollege Sfondrini mit dieser Antwort zufrieden ist.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola ancora sull'art. 5? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 5: approvato a maggioranza con un'astensione.

Art. 6

Il secondo comma dell'art. 48 della legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41, è sostituito dal seguente:

"Il direttore dell'ufficio assolve i seguenti compiti:

- 1) provvede alla compilazione di un progetto di programma di attività da sottoporre al consiglio di amministrazione;
- 2) dirige, coordina e sorveglia l'attività promozionale e di pubblicità dell'ufficio secondo il relativo programma;
- 3) stipula contratti in nome e per conto dell'ufficio su delega del presidente;
- 4) controfirma, insieme con il presidente, i mandati di pagamento e gli ordini di accreditamento, nonché le reversali d'incasso e provvede alla liquidazione delle spese sui singoli capitoli del bilancio;
- 5) dirige e sorveglia il personale dell'ufficio;
- 6) predispone per il consiglio di amministrazione il bilancio di previsione, le variazioni di bilancio e il conto consuntivo".

Chi chiede la parola sull'art. 6? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 6: approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuzione delle schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 22, sì 21, schede bianche

1.

La seduta è tolta.

ORE 17.00 UHR